3. Ausgabe • Oktober 1989 • 2,- Mark

DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen

REPS IN NIEDERSACHSEN:

CATCH AS CATCH CAN

»Knobel«-Kurt:

SCHWARZ-BRAUNE CHRONOLGIE S.4

GERICHT GLAUBT NEONAZIS S.20

Schlesiermuseum:

REVANCHISMUS STATT AUSSÖHNUNG

Inhalt

Impressum

Der Rechte Rand
Postfach 1324
3000 Hannover 1

Postscheckkonto
Nr. 4455 86-301
BLZ 250 100 30

Auflage: 3000
Druck: Eigendruck
V.i.s.d.P. Klaus Harbart

Editorial

Niedersächsische Politik hatte in diesem Jahr kein Sommerloch. Der rechte Rand füllte es aus. Allen voran ein Rotenburger Schweinezüchter: Knobel-Kurt wechselte die Seiten. Ohne Kursänderung. Aber mit viel Aufsehen. Im Landtag herrschte ein kurzzeitiges Patt. Ein "Hoch" für Albrecht rückte alles wieder ins rechte Licht. . Anlaß genug, die Skandale noch einmal zu beleuchten. Goetz Buchholz und Bettina Courant schreiben die Chronologie. Und Jürgen Trittin kommentiert.

"Catch as catch can". Das hätte die Losung sein können für den niedersäsischen REP-Parteitag. Rolf B. Bode berichtet. Porträts der REP-Kandidaten im Gerangel um den Futternapf ergänzen den Überblick.

Am fließenden rechten Rand nicht zu unterschätzen ist Schönhubers Kronprinz: Tschammer-Osten steht in den Startlöchern. Über sein Weltbild schreibt Frank Puin. Stimmen zum Umgang mit den REP runden den Aufmacher ab.

Wie der Hess-Mythos kultiviert wird, dokumentieren unser Bericht und unsere Fotostory aus Wunsiedel. Wolfgang Becker kommentiert.

Über die terroistische Fraktion am rechten Rand schreibt Günter Schwarberg zum Prozeß gegen den niedersäsischen Neonazi Edgar Geiß. Andreas P. Zaleshoff richtet den Blick auf die Neonazis in Südniedersachsen. Und Georg Schwedhelm informiert über die antfaschistischen Impulse des DGB in Hanoversch-Münden. Welche Herausforderungen die Diskussion mit geschulten Neonazis darstellen, berichtet Rolf Wernstedt aus eigener Erfahrung.

Die neue Kultstätte des Revanchismus, das Schlesier-Museum in Hildesheim, zeigt die Verwirklichung des rechten Randes Staatsgeldern auf.

Und jetzt noch ein paar Worte in eigener Sache:

Unser Vertrieb hat noch Geburtswehen. Probleme bei der Postzustellung der letzten Nummer bitten wir zu entschuldigen. Ein großer Teil der Umschläge wurde von der Post - sauber aufgeschnitten, aber - den Abnonenten zugestellt, während die Rechten Ränder Nr. 2 en bloc an uns zurückgegeben wurden. Nach dieser Erfahrung erfolgt der Versand jetzt in geschlossenen Umschlägen und nicht als billiger Streifband.

Für LeserInnenpost und Abonnementbestellungen haben wir jetzt eine neue Anschrift:

DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 3000 Hannover 1

Über diesen Weg erhoffen wir auch weitere Anmeldungen für das geplante HerausgeberInnentreffen, auf dem die Konzeption und die Perspektiven dieser Zeitung diskutiert werden soll.

Die nächste Ausgabe des RECHTEN RANDes erscheint Anfang November

Redaktionsschluß ist der 10. Oktober 1989. Wir bitten um Mitarbeit, Infos, Artikel, Leserbriefe...

Die Redaktion

Jürgen Trittin

Vom "halbseidenen Vajen" zum Hoch für Albrecht

Nun hat es ihn doch noch aus der Rechtskurve getragen. "Knobel"-Kurt Vajen, promillestarker Wahlfälscher von Brockel und verurteilter Mehrfachtäter, kam knapp vor der September-Landtagssitzung seinem Rausschmiß aus der CDU-Fraktion durch Austritt zuvor. Der Austritt des gerade erst hineinrotierten SPD-Abgeordneten Oswald Hoch aus seiner Fraktion am 7.9.89 kam ihr da mehr als gelegen.

Am halbseidenen Vajen

Im Sommerloch war es offenbar geworden: In Niedersachsen regiert eine CDU-FDP-Koalition unter stillschweigender Tolerierung durch die REP. Im schönen Bayern traf sich Niedersachsens Wahlfälscher Nummer Eins mit REP-Chef Schönhuber. Gemeinsam stellten sie eine "weitestgehende Übereinstimmung" mit deren Programm des Rassismus, der Frauenfeindlichkeit und der Geschichtsklitterung fest. Nach einem wochenlangen Possenspiel zog die CDU schließlich Konsequenzen.

Offenbart hat die Affäre Vajen zweierlei: die programmatische Nähe von Teilen der CDU zu den REP sowie den Gewinn an Reputierlichkeit, den die REP seit der "Europawahl" geniessen.

Braunzone

Inhaltlich ist Vajens "weitgehende Übereinstimmung" mit den politischen Zielen der REP in der Union so neu nicht. Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bekannte schon vor Monaten: "Von Rechtsextremismus könne keine Rede sein, denn die Republikaner hätten teilweise die gleichen programmatischen Aussagen wie die CDU/CSU. 'Es wäre ja selbstmörderisch, wenn wir einen Teil unseres eigenen Programms deshalb nicht mehr vertreten würden.'"

So zeigte sich Vajen wenig reumütig. Er hatte ja nur das in die Tat umgesetzt, was sein Landesvorsitzender sich selbst programmatisch auf die Fahnen geschrieben hatte: "Macht den rechten Flügel stark". Mit diesem Rezept war Wilfried Hasselmann angetreten, die REP zu bekämpfen.



Das Ergebnis dieser Strategie ist ein Scherbenhaufen. Die Einebnung der politischen Unterschiede zwischen CDU und REP, daraus resultierend unzählige Übertritte und schließlich der eintägige Verlust der Mehrheitsfähigkeit sind die Folge.

Zerstrittene REP im Aufwind

Dabei wäre die Situation für eine Auseinandersetzung mit den REP in Niedersachsen mehr als günstig gewesen, tobt bei ihnen doch seit Wochen ein harter Machtkampf.

Ins Gerede gekommen waren die REP vor allem durch die auffallende Dominanz ehemaliger NPD-Funktionäre und Kandidaten in ihren Reihen, darunter ihr Landesvorsitzender Margraf. Gegen ihn machten 14 REP-Funktionäre mobil - darunter Prof. Tschammer-Osten, der beurlaubte Polizist Werner Rieb und Thomas Ludowig - letzterer wegen Meineids verurteilter und suspendierter Polizist.

Der Aufstand der suspendierten Polizisten gegen die "NSDAP-Methoden" (so die REP intern) des Vorsitzenden brachte den 14 ein Parteiordnungsverfahren, Margraf schließlich die Absetzung als Landesvorsitzenden und die Bestallung vom Tschammer-Osten zum Landesbeauftragten.

In dieser Situation kam Schönhuber die Ablenkung Vajen gerade recht. Vajen wurde aufgefordert, nicht aus der CDU auszutreten und, als er gefeuert wurde, ermahnt, ja nicht sein Mandat zurückzugeben. Dies wäre, so ließ die REP-Zentrale in München verlauten, Betrug am Wähler.

"Ein Mann mit Gott ist immer eine Mehrheit", dichtete Ernst Albrecht einst. Heute hat es der Strahlemann erneut geschafft, sich einer zusammengeklaubten Mehrheit zu bedienen. Der Gifhorner Abgeordnete Oswald Hoch, über die SPD-Landesliste nachgerückt, erklärte keine 24 Stunden nach Rechtskraft seiner Mandatsannahme seinen Austritt aus der SPD-Fraktion: "Wichtige Gesetzesvorhaben dürfen nicht an der Pattsituation scheitern, die durch die Schönhuber-Partei herbeigeführt worden ist."

Hoch hat mit diesem Racheakt an der SPD, für den persönliche wie finanzielle Gründe kolportiert werden, tatsächlich die Bahn für Vajen freigemacht, sich den REP anzuschließen und den Faschisten das erste Landtagsmandat in der Bundesrepublik zu verschaffen.

Mit seinem ergaunerten Mandat verschafft Hoch unter Verfälschung des Willens der Wählerinnen und Wähler Ernst Albrecht die gerade verlorene Landtagsmehrheit. Die überfälligen Neuwahlen in Niedersachsen sind damit erst einmal vom Tisch. Albrecht kann weiterwursteln, weil Hoch ohne Not die Funktion des Überläufers zu erfüllen bereit ist, von dem Albrecht immer orakelte.

Die SPD aber muß nach diesem peinlichen Desaster Abschied nehmen vom Liebäugeln mit der sozialliberalen Option, wie von ihrer Strategie des "getrennt Marschieren, vereint Regieren". Schröder und Bruns kommen um eine offensive Kursbestimmung hin zu einer anderen, einer rotgrünen Mehrheit nicht herum - oder sie werden ewig in der Opposition sitzen.

Bettina Courant, Goetz Buchholz

»Knobel-Kurt«: Eine schwarz-braune Chronologie



5.10.1986: Bei der Kommunalwahl marschiert Bürgermeister Kurt Vajen in Brockel unaufgefordert mit Briefwahlunterlagen zu diversen Wählern und läßt sie ihr Kreuz machen. In einem Fall läßt er einen Vater für seinen Sohn, der bei der Bundeswehr ist (und nach eigener Aussage gar nicht wählen wollte), in einem zweiten Fall einen Großvater für seinen verreisten Enkel (der nach eigener Aussage anders gewählt hätte) die Briefwahlunterlagen ausfüllen.

Vajen findet das normal: "Ich kenne diese Familien und war sicher, daß das Vertrauensverhältnis in beiden Fällen so war, daß der Wählerwille nicht verfälscht wurde." Die SPD sieht das anders und ficht die Wahl an.

17.8.1987: In den frühen Morgenstunden fährt Vajen mit dem Auto vom Schützenfest nach Hause. Als eine Polizeistreife den Wagen stoppt, läuft Vajen weg, versteckt sich auf dem Hof einer Kneipe und bewirft die ihn verfolgenden Beamten mit Bierkisten. Bei seiner Festnahme droht er, er werde "mit Hasselmann reden". Die Blutprobe ergibt 2,12 Promille.

August 1987: Das Amtsgericht Rotenburg verurteilt Vajen wegen Verleitung zur Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu 2.700 DM Geldstrafe (30 Tagessätze à 90 DM). Eine Wahlfälschung sieht das Gericht als nicht erwiesen an. Die Staatsanwaltschaft legt Berufung ein.

Dezember 1987: Vajen wird wegen Trunkenheit am Steuer und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt.

31.5.1988: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erklärt die Kommunalwahlen in Brockel und Bothel für ungültig. In 16 Fällen ist nach Auffassung des Gerichts eindeutig mit Briefwahlunterlagen manipuliert worden, davon elfmal durch Kurt Vajen.

12.7.1988: Das Landgericht Verden verurteilt Kurt Vajen wegen Urkundenfälschung, Wahlfälschung und Verleitung Dritter zu falschen eidesstattlichen Versicherungen zu einer Geldstrafe von 18.000 DM (90 Tagessätze à 200 DM). In diese Strafe ist das Urteil wegen Trunkenheit im Verkehr und Widerstand gegen die Staatsgewalt mit einbezogen. Die Wahlfälschung sieht das Gericht in zwei Fällen als erwiesen an.

Sein Einkommen gibt Kurt Vajen in dieser Verhandlung mit monatlich 4.150 DM an. Dem Gericht war allerdings bekannt, daß Vajen als Landtagsabgeordneter rund 9.000 DM an Diäten bekommt - Sitzungsgelder und Aufsichtsratsentschädigungen nicht gerechnet. Auch deshalb fällt die Strafe ein bißchen höher aus als vor dem Amtsgericht Rotenburg. Vajen hält sich im übrigen weiter für unschuldig: An diesem Urteil sei "die linke Kampfpresse schuld", erklärt er.

3.8.1988: Die Botheler CDU verlangt von Vajen den Rücktritt als Samtgemeindebürgermeister. Sollte er das nicht tun, werde man ihn abwählen. Da Vajen sich nicht äußert und zur Sitzung des Samtge-meinderates nicht erscheint, wird er mit 18 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung abgewählt. Gleichzeitig fordert die CDU-Kreistagsfraktion Vajen auf, sein Mandat dort niederzulegen.

4.8.1988: Das Urteil gegen Vajen ist rechtskräftig. Die CDU-Mehrheit im Brockeler Gemeinderat lehnt eine Abwahl Vajens als Bürgermeister aber nach wie vor ab.

5.8.1988: Diverse Spitzenpolitiker der CDU bemühen sich vergeblich, Vajen zur Rückgabe seines Mandates zu bewegen. Landtagspräsident Edzard Blanke (CDU) befürchtet Schaden für das Ansehen des Landtages und für das Vertrauen der jungen Leute in die Politik, falls der Wahlfälscher im Landtag bleibt. Aber der bleibt. Druckmittel will sich die CDU wegen ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit nicht leisten.

27.11.1988: Bei der wegen der Wahlfälschung erforderlich gewordenen Wiederholungswahl zeigt sich, daß die Affäre Vajens Popularität noch gesteigert hat: Während die CDU in Vajens Heimatgemeinde Brockel leicht von 57,4 auf 57,2 Prozent verliert, kann Vajen als Bürgermeister und Listenführer der CDU bei einer Wahlbeteiligung von 88,6 Prozent seine persönliche Stimmenzahl auf 632 (= 87,7 Prozent!) steigern - bei



der annulierten Wahl 1986 waren es nur 501 gewesen. Hasselmann zeigt sich mit diesem Ergebnis "zufrieden". In der Samtgemeinde Bothel rutscht die CDU von 49,2 auf 44,6 Prozent ab und verliert damit ihre absolute Mehrheit im Samtgemeinderat.

19.12.1988: Beim Mißtrauensvotum gegen Ernst Albrecht stimmt ein Mitglied der SPD-Fraktion gegen Gerhard Schröder.

4.1.1989: Auf der Wahlkreiskonferenz der CDU in Rotenburg unterliegt Vajen bei der Aufstellung des Direktkandidaten für die Landtagswahl mit 379 zu 445 Stimmen seinem Herausforderer Cord Graf von Bothmer, obwohl er eigens für diese Versammlung noch 80 neue CDU-Mitglieder geworben hatte. Als Vajen sagt, er hoffe, daß jetzt "nicht zu viele Mitglieder ihre politische Heimat verlieren", wird er mit "Raus"- und "Hau ab"-Sprechchören verabschiedet.

In den nächsten Tagen erklären mehrere CDU-Spitzenpolitiker definitiv, Vajen werde auch auf der Landesliste für 1990 keinen Platz bekommen.

20.1.1989: Im Landtag sagt Innenminister Josef Stock auf Hinweise von Werner Holtfort (SPD) eine erneute Prüfung zu, ob Vajen für die Kosten der Wiederholungswahl in Brockel (ca. 25.000 DM) haftbar gemacht werden kann. Eine Antwort gibt es bis heute nicht.

26.3.1989: Vor der Jungen Union Hermannsburg erklärt Wilfried Hasselmann, die Republikaner stünden "eher auf dem Boden des Grundgesetzes als die Grünen".

20.4.1989: Vajen und der REP-Landesvorsitzende Norbert Margraf bestätigen, ein "loses Kontaktgespräch" über einen Parteiwechsel geführt zu haben,

25.4.1989: Auf einer Sondersitzung des CDU-Kreisverbandes Bothel begrüßt Vajen den REP-Kreisvorsitzenden Dieter Biernath. Über seine Pläne äußert er sich eindeutig zweideutig: "Ich will 1990 auf jeden Fall wieder in den Landtag". (Und über die CDU geht's ja nicht mehr.)

28.4.1989: Die in der CDU wieder um sich greifenden Forderungen nach einer Trennung von Vajen beendet Wilfried Hasselmann mit der Erklärung: "Mein Freund Vajen bleibt mein Mitglied."

30.6.1989: Wilfried Hasselmann wendet sich gegen einen "Unvereinbarbeitsbeschluß" gegenüber den REP. Er werde einen "leidenschaftlichen Streit" dagegen führen, "einen Beschluß zu fassen, der möglicherweise nicht durchhaltbar ist".

2.7.1989: Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung schließt Ernst Albrecht eine punktuelle Zusammenarbeit der CDU mit den REP auf kommunaler Ebene nicht aus.

19.8.1989: Die taz berichtet, daß Vajen sich am Wochenende mit Schönhuber zu einem Gespräch in Bayern treffen will.

21.8.1989: Auf die zahlreichen Anfragen anderer Journalisten reagieren die Republikaner mit einer Presseerklärung, die Schönhuber gemeinsam mit Vajen formuliert hat:

"Beide Politiker waren sich in der Auffassung einig, daß alles zu vermeiden sei, was in Niedersachsen zu einer rot-grünen Koalition führen könnte. Franz Schönhuber bestärkte Kurt Vajen in seiner Absicht, das ihm übertragene Mandat bis zum Abschluß der Legislaturperiode wahrzunehmen. Ein Übertritt Vajen würde nämlich unweigerlich zu Neuwahlen führen. Kurt Vajen bestätigte, daß er weitestgehend die politischen Zielvorstellungen der REPUBLIKANER bejahe und die Partei für koalitionsfähig halte. Vajen ging in dem Gespräch auch ausführlich auf die gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe und Gerichtsurteile ein. Schönhuber bekam dabei den Eindruck, daß der Niedersachse nur durch Fahrlässigkeit nicht ehrenrührig in die Mühlen der Justiz geraten sei. Beide Politiker beschlossen, den Meinungsaustausch weiterzuführen."

CDU-Generalsekretär Hartwig Fischer findet an dem Gespräch nichts dran und erklärt das Thema für erledigt, nachdem Vajen ihm erklärt hat, er bleibe in der CDU.



23.8.89: Der CDU-Fraktionsvorsitzende Jürgen Gansäuer mißbilligt das Gespräch Vajen-Schönhuber "scharf". Falls Vajen eine Kandidatur für die REP nicht eindeutig ausschließe, kündigt er vorzeitige Neuwahlen an. Entscheidend ist für Gansäuer, ob sich Vajen "zu den Republikanern bekennt oder nicht".

24.8.89: Nach einiger Eierei verlangt die FDP-Fraktion von Vajen eine "eindeutige Distanzierung von den Republikanern" und "ein klares Bekenntnis zur CDU/FDP-Koalition" im Landtag. "Alles andere würde auf Neuwahlen hinauslaufen", sagt ein Parteisprecher.

Am Abend treffen sich Fischer,

Gansäuer und Vajen in Brockel zu einem dreistündigen Gespräch und einigen sich auf folgende Erklärung:
"Kurt Vajen erklärte, daß bei seinem Gespräch mit Herrn Schönhuber ein Übertritt zu den Republikanern nicht festgelegt worden ist. Vajen betonte, daß er Abgeordneter der CDU im Landtag bleiben werde und sich nach wie vor den Grundsätzen der Union verpflichtet fühle. Für den Fall allerdings, daß er sich anders entscheiden sollte, werde er selbstverständlich sein Landtagsmandat niederlegen."
Über eine Distanzierung von den REP ist nach Vajens Angaben in den ganzen drei Stunden nicht geredet worden.

»Ich bin stolz auf meine Partei. Wir haben einen so deutlichen Trennungstrich zu den Radikalen gezogen wie keine andere Partei.«
Jürgen Gansäuer, CDU-Fraktionsvorsitzender

25.8.1989: Auf einer Pressekonferenz nennt Albrecht diese Erklärung, die kein bißchen über die Schönhuber-Vajen-Erklärung hinausgeht, ein "sehr befriedigendes Ergebnis". Die Probleme um Vajen seien nun ausgeräumt, es gebe keinen Anlaß zu Neuwahlen. ein Parteiausschluß komme erst in Frage, wenn sich Vajen parteischädigend verhalte. FDP-Fraktionschef Martin Hildebrandt bezeichnet die Erklärung als "ausreichend".

28.8.1989: Nach einem fürchterlichen Presseecho schwenkt die FDP wieder um und fordert neue Gespräche mit der CDU. Zum Anlaß wird die Äußerung Vajens in der WELT genommen, er schließe auch weitere Gespräche mit Schönhuber nicht aus. Die FDP will damit offenbar revidieren, daß sie sich am Freitag hatte austricksen lassen: Hildebrandt hatte die Vajen-Erklärung als "ausreichend" bezeichnet, ohne sie zu kennen, und sich auf Gansäuers Versicherung verlassen, da stünde eine Distanzierung von den REP drin.

29.8.1989: Die Forderung nach Neuwahlen bestimmt die Kommentare auch der konservativen Presse. Die CDU hüllt sich in Schweigen.

30.8.1989: Die CDU schweigt weiter. Mehrere führende CDU-Leute, darunter Gansäuer und Birgit Breuel, drängen intern auf eine saubere Lösung, zur Not per Neuwahlen.

31.8.1989: Die CDU erklärt, ihr Landesvorstand werde Vajen am Samstag eine fünftägige Frist setzen, um sich "ohne Wenn und Aber" von den REP zu distanzieren. In einem Rundbrief fordert die FDP ihre Kreisverbände, sich vorsorglich auf vorgezogene Neuwahlen einzustellen.

1.9.1989: Albrecht findet es "nicht weiter schlimm", ohne Mehrheit weiter zu regieren. Bestimmte Gesetzesvorhaben - darunter die Gemeindegebietsreform, die die FDP gegen den Widerstand der CDU als Koalitionsbedingung durchgesetzt hatte - könnten dann eben nicht mehr verwirklicht werden.

2.9.1989: Überraschend beschließt der CDU-Landesvorstand, Vajen keine Frist mehr zu lassen und ein Ausschlußverfahren gegen ihn einzuleiten. Mit der Drohung, in diesem Fall nicht mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen, verhindert Albrecht jede Vorverlegung des Wahltermins auch nur um wenige Wochen. Die Koalition werde nun einfach keine Vorhaben mehr zur Abstimmung stellen, für die man Vajen Stimme brauchte. Auch den Haushalt will er nur abstimmen lassen, wenn die SPD zustimmt. Gespräche darüber mit der SPD lehnt er jedoch ab. Die Fraktion soll Vajen schon am Dienstag - also noch vor der Landtagssitzung ausschließen. Hasselmann betrachtet es als "Ehrensache", daß Vajen jetzt sein Mandat zurückgibt.

4.9.1989: FDP-Jürgens schließt Neuwahlen weiterhin nicht aus. Ein REP-Sprecher erklärt, man würde Vajen empfehlen, sein Mandat nicht zurückzugeben, da durch das Ausschlußverfahren "die Geschäftsgrundlage entfallen" sei.

5.9.1989: Vajen erklärt seinen Austritt aus der CDU-Fraktion, bevor diese über einen Ausschluß entscheidet.

6.9.1989: Vajen erscheint nicht zur Landtagssitzung, bei der Albrecht erstmals keine Mehrheit hat. Dafür taucht am Nachmittag ein neuer Abgeordneter auf, Oswald Hoch, der für die SPD den Platz des ins Europaparlament aufgerückten Abgeordneten Günther Lüttge einnimmt. In der Markthalle erzählen CDU-ler, Hoch werde noch heute aus der SPD austreten. Gegenüber der SPD-Fraktion und Radio ffn weist Hoch solche Gerüchte als "Sauerei" und "unglaublich" zurück: "Ich bin Sozialdemokrat und bleibe Sozialdemokrat".
Die Debatte um die Vajen-Affäre übersteht Albrecht sehr gelassen. Er lehnt jedes Gespräch mit der SPD ab und verweist bezüglich der Mehrheit auf mögliche SPD-Überläufer. Landtagspräsident Edzard Blanke verschiebt die durch Vajens Austritt nötig gewordene Neuverteilung der Ausschußsitze, weil sich da ja noch etwas ändern könne.

7.9.1989: Vajen erklärt seinen Austritt aus der CDU. Oswald Hoch hat schon am Abend einen Brief an den Gifhorner Rat geschrieben, in dem er seinen Austritt aus der SPD erklärt. Morgens gibt er eine handschriftliche Erklärung im Landtag ab, die er aber nicht persönlich vorzutragen wagt, und trifft sich anschließend mit HAZ-Redakteur Hans-Peter Sattler zu einem Gespräch. Für andere Journalisten ist er vorerst nicht erreichbar. Der Landtagspräsident liest vor:
"Hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich ab sofort als fraktionsloser Abgeordneter dem Landtag angehören werde. Wichtige Gesetzesvorhaben durchfen nicht an der Pattsituation scheitern, die durch die Schönhuber-Partei herbeigeführt worden ist. Der Landtag kann nicht mit einem Patt bestehen, das für jeden einzelnen Abgeordneten unwürdig ist, wie ich es am 1. Tag habe erleben müssen."
Ein CDU-Abgeordneter berichtet einem SPD-Kollegen, daß er von diesem Schritt Hochs bereits vor Wochen erfahren habe und sofort die CDU-Fraktionsführung davon unterrichtet habe.

8.9.1989: Vajen gibt eine Pressekonferenz, in der erklärt, er werde sein Mandat nicht zurückgeben, da durch das Ausschlußverfahren für seine entsprechende Zusage "die Geschäftsgrundlage entfallen" sei. Er wolle auch gern wieder in den Landtag und werde dazu weitere Gespräche mit den REP führen. Er werde auch künftig immer mit der Koalition stimmen (und die wird seine Stimme wohl doch noch brauchen, da Hoch sein Abstimmungsverhalten künftig von Fall zu Fall entscheiden will).

9.9.1989: Auf dem Landesparteitag der REP erklärt Schönhuber, formal stünde einer Kandidatur Vajens nichts im Wege: Funktionen bei den REP dürfe jeder übernehmen, der nicht vorbestraft sei, und in Vajens Führungszeugnis gebe es keine Eintragung.



Rolf B. Bode

Machtkämpfe unter Extremisten

Der niedersächsische Landesverband der sogenannten Republikaner (REP) wird ähnlich wie der Westberliner Ableger dieser Partei von heftigen internen Machtkämpfen geschüttelt. Eine sich als modern und effizient verstehende rechtsradikale Minderheit, die vom hannoverschen Professor Berndt Tschammer-Osten (früher CDU) dirigiert zu werden scheint, versucht bisher vergeblich den alt-rechten REP-Landesvorsitzenden Norbert Margraf (früher NPD), aus dem Amt zu drängen.

Auf dem von chaotischen Auseinandersetzungen geprägten REP-Landesparteitag am 9. September in Hannover hatte Margraf die Mehrheit der niedersächsischen REP klar hinter sich. REP-Oberführer Franz Schönhuber, der Margraf als "intellektuell nicht in der Lage bezeichnete, die Republikaner im Wahlkampf zu repräsentieren", erlitt trotz Drohungen und Lockungen auf dem Parteitag eine Niederlage: Die von ihm favorisierte neu-rechte Minderheit schmierte voll ab.

Dennoch scheinen Tschammer-Osten und CO mit Schönhuber im Rücken fest entschlossen, die Macht bei den niedersächsischen REP zu übernehmen. Vermutlich wird die REP-Bundesspitze wie in Westberlin mit administrativen Zwangsmaßnahmen den niedersächsischen REP-Vorstand klein zu kriegen versuchen. Die Grabenkämpfe bei den Rechtsradikalen gehen weiter. Sie würden jedoch in Schönhubers Sinne mißverstanden, wenn man sie wie die "Hannoversche Allgemeine" als Auseinandersetzung zwischen "Rechtskonservativen" und "Extremisten" beschriebe. Schönhuber geht es nur um ein wahltaktisches Ziel: Ein demokratisch aussehendes Aushängeschild für seine Rechtsradikalen zu finden, das nicht durch alt-braune NPD-Flecken verunziert wird.

Draußen vor dem Eingang des REP-Parteitages ist nur die Polizei zahlreich erschienen. Sie bannt eifrig die kleine Gruppe von rund 200 antifaschistischen Demonstranten auf Video. Drinnen tönt es "sturmfest und erdverwachsen...". Doch da auch hier fehlen viele - nur wenig mehr als 300 der angeblich 800 niedersächsischen Republikaner sind zum Mitgliederparteitag erschienen, um nach wochenlangen Intrigen und Querelen einen neuen Landesvorstand zu wählen -, deshalb klingt die Niedersachsen-Hymne dünn und schwächlich.

Als sturmfest erweist sich der Parteitag nicht. Munter fliegen die Fetzen im Streit um Tagesordnung und Rederecht, bald gefolgt von gegenseitigen Schlägen unter die Gürtellinie.

Anfangs hat REP-Bundesführer **Franz Schönhuber** noch für scheinbar harmonische Stimmung gesorgt, als er Geißler als "verkappten Nazi" beschimpft und über den "Steuerkriminellen" Lambsdorf herzieht. Auch daß er einem ZDF-Reporter droht ("Wir werden Sie immer wieder verfolgen, lieber Parteigegner. Sie kriegen uns nicht mehr los. Das schwör ich ihnen. Trotzdem, heute sind wir gut zu Ih-

Fortsetzung S. 8

Fortsetzung von S. 7

nen.") kommt im Saal gut an. Genauso, wie er ein REP-Mitglied beschimpft, das im ZDF Kritik am inneren Zustand der Partei geäußert hat, und das sich erst mit einer gerichtlichen Verfügung Zutritt zum Saal verschaffen kann, wo ihm ein muskelprotzender Aufpasser an die Seite gesetzt wird.

Doch die Sympathien für Schönhuber flauen bald ab - jedenfalls bei der Mehrheit der versammelten REP. Denn wer hier gegen wen schlägt und auf wessen Seite Schönhuber mitspielt, wird bald offenbar: **Margraf**, der Schönhuber noch als "fairen Mittler zwischen den Fronten" erhofft hat, soll zugunsten des neu-rechten Minderheits-Flügels um den hannoverschen Hochschullehrer **Berndt Tschammer-Osten** ausgebootet werden.

Ungleicher Kampf

Es wird ein ungleicher Kampf. Der behäbige Margraf, ein alt-rechter kleiner Unternehmer und Reitervereinsvorsitzender aus dem Kreis Nienburg, hält sich dabei an das Motto: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Schönhuber verfährt genau andersherum.

Der REP-Bundesführer hatte bereits im Vorfeld des Parteitages eine Gruppe junger Mitglieder um den kühl im Hintergrund agierenden Tschamer-Osten und den Polizisten **Werner Rieb** aus Hannover-Laatzen, gegen den wegen Unterschlagung und Hehlerei ermittelt wird, zu einem innerparteilichen Putschversuch animiert. Tschammer-Osten verfaßte eine Dokumentation, in der er Margraf vorwarf, er habe seine frühere Mitgliedschaft in der NPD verschwiegen.

Margraf, der eingangs des Parteitages warnt, die niedersächsischen REP dürften nicht zu einer "Nord-CSU verkommen", hatte jedoch, wie er nachweisen konnte, 1984 beim Eintritt in die Schönhuber-Partei angegeben, daß er 1975 aus der NPD ausgetreten sei, für die er auch zum Landtag kandidiert hatte.

Als der Margraf-Vorstand Parteiordnungsmaßnahmen gegen die "Zwölfer-Bande", so ein REP auf dem Parteitag, um Rieb und Tschammer-Osten ergriff, reagierte das REP-Bundespräsidium mit der Amtsenthebung des niedersächsischen REP-Vorstandes. Tschammer-Osten wurde von der Münchner Zentrale als "Landesbeauftragter" eingesetzt. Als Margraf gerichtliche Schritte einleitete, gaben beide Seiten wechselseitige Ehrenerklärungen ab. Schönhuber mußte sich verpflichten, den Landesvorstand bis zum Parteitag weiter amtieren zu lassen.

Dort versuchte Schönhuber, einen aus München mitgebrachten Versammlungsleiter durchzusetzen, den die Mehrheit aber ablehnte. Gewählt wurde **Hans Joachim Beyer**, ehemals Stadtdirektor in Bremervörde, dem im eskalierenden

"Jeder Tag der ins Land geht bis zur Wahl, erlaubt den Republikanern ihre eigene Krise zu lösen. Es ist auch die Verantwortung von CDU und FDP, ob man den Republikanern Zeit läßt, ihre Möglichkeiten hier voll auszuschöpfen, oder ob man sie jetzt erwischt und stellt und dann zusammen mit uns dafür sorgt, daß sie aus dem Parlament draußen bleiben. Die Politik Albrechts steht dem entgegen: Er macht eine Politik zugunsten der Republikaner und zu Lasten demokratischer Verhältnisse."

SPD-Landtagsfraktionschef Gerhard Schröder zur Weigerung von CDU und FDP, vorzeitigen Neuwahlen zuzustimmen

Fortsetzung S. 11



Heinz-Dieter Fehlig

Jahrgang 1951, verheiratet zwei Kinder, Küchenmeister von Beruf. Fehlig ist seit Mai 1989 Kreisvorsitzender der REP Hildesheim. Er lieferte den REP durch seinen Übertritt von der CDU die ersten Kommmunalpolitischen Mandate (Gemeinderat und Kreistag) Als Grund für seinen Übertritt nennt er die nicht eingelösten Wendeversprechen der CDU, die derzeitige Deutschlandpolitik und den § 218. Als Gegenkandidat zu Margraf forderte er eine klare Abgrenzung gegenüber NPD, DVU und FAP. Im Rahmen einer Mitgliederversammlung begrüßte er wenige Monate zuvor den ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Heinz Rudolph als den Republikaner Nr.1 in Niedersachsen.

Frank Puin

TOB - immer on the top!

Tschammer-Osten, Berndt ("TOB"), ist Franz Schönhubers Mann in Niedersachsen. 17 Jahre war der hannoversche Professor (Jahrgang 1942, Heimatvertriebener aus dem Sudetenland) am rechten Flügel der CDU aktiv. Seit dem 01. April 1989 ist er REP-Mitglied und stellvertretender Kreisvorsitzender in Hannover-Land. Im August war er vom Münchner REP-Präsidium als "Landesbeauftragter" eingesetzt worden. Seitdem dirigiert er eine Koalition ehemaliger Christdemokraten, schlecht beleumundeter Polizeibeamter und wirrer Manager-Typen, die bisher vergeblich versucht hat, bei den Rechtsradikalen die Macht zu übernehmen. An der Uni-Hannover ist TOB seit längerem einschlägig bekannt.

Als im Frühjahr dieses Jahres erste Hinweise auf TOB's Mitgliedschaft und Solidarität mit der neuen rechtsradikalen Partei bekannt wurden - wollten es vor allem Personen aus dem universitären Umfeld erst nicht glauben - zu karrierebewußt und auf Reputation bedacht war der Professor für Haushaltswissenschaft am Fachbereich II Erziehungswissenschaften bisher.... obgleich...:

Seine Dissertation über den "privaten Haushalt aus einzelwirtschaftlicher Sicht" war noch nicht gedruckt, da hatte seine Bewerbung um den wichtigsten Lehrstuhl der nicht-technischen, sogenannten verbrauchswirtschsftlicher Fächer für die Gewerebelehrerausbildung an der Universität-Hannover Erfolg. Seine Berufungskommission vor allem auch der Vorsitzende Peter Brückner fand den jungen Betriebswirt aus München ebenso geeignet wie die ganze "linke" Fakultät V, die Studentenvertretung, einige wichtige SPD-Größen im Landkreis (Egon Hüper). Auch die neuen AssistentInnen waren zunächst mit dem verbraucherpolitischen und unbürokratischen Engagement zufrieden. Man war allseits per Du.

Perdu geriet der Konsens, als die konservative Wende 1974 die Hochschulen erreichte und die Statusgruppe der Professoren wieder die Macht allein übernahm. Da blätterte die linke Attitude ab und es wurden Persönlichkeitszüge frei, die ein zweites Hinschauen erforderlich machten.

War der kleine Aufstand TOB's in München gegen seine Doktorväter Perridon und Guido Fischer nicht doch nur Hahnenkampf/ Vatermord gewesen? Beide Herren hatten ihre schwarz-braune Vergangenheit und Karriere: Perri-



don im katholisch-autoritären italo Faschismus, Guido Fischer als Begründer des Führer-Prinzips in der Deutschen Betriebs- und Organisationslehre.

TOB scheint nun beide Ziehväter ein- und überholen zu wollen. Er hat sich von der gesellschaftspolitischen Verantwortung seiner Disziplin seit 1975 wegentwickelt: Der private Haushalt - die Familie - wurde der zentrale Kern seines Weltbildes, und darin wiederum der Hausvater als Patriarch.

In diesem Weltbild haben Verbraucher- und Arbeiterorganisationen nichts zu suchen, Frauen gehören wieder an den Herd und bringen Vermögen in die Ehe. Die moderne Projektion des Hausvaters ist die Technik.

TOB setzte als erster auf PC's, diente sich der Fa. TANDON als Messeverkäufer und -berater an. Per Nebentätigkeitsgenehmigung - versteht sich.

Die Gleichschaltung der Verbrauchswirtschaftlichen Fachrichtungen in seinem technokratisch-autoritären Sinne mußte solange von ihm erkämpft werden, wie die Assistenten und Studenten der ersten und zweiten Generation noch verbunden waren mal konzeptionell per Studienordnungen opponieren konnten. Die von ihm angezettelten Existenzkämpfe prägten jahrelang die Fachbereichsratssitzungen. Sie gipfelten Mitte der 70er Jahre in diversen Anträgen auf Entfernung aus dem Amt. Welche Illusion! Die Wissenschafts-Administration konnte damals zwar Peter Brückner relegieren (Mescalero-Affäre), TOB's diktatorisches Gehabe paßte aber zu gut ins neue professorale Selbstbewußtsein, als daß die Wissenschafts-Gemeinde diesen Antrag unterstützen wollte.

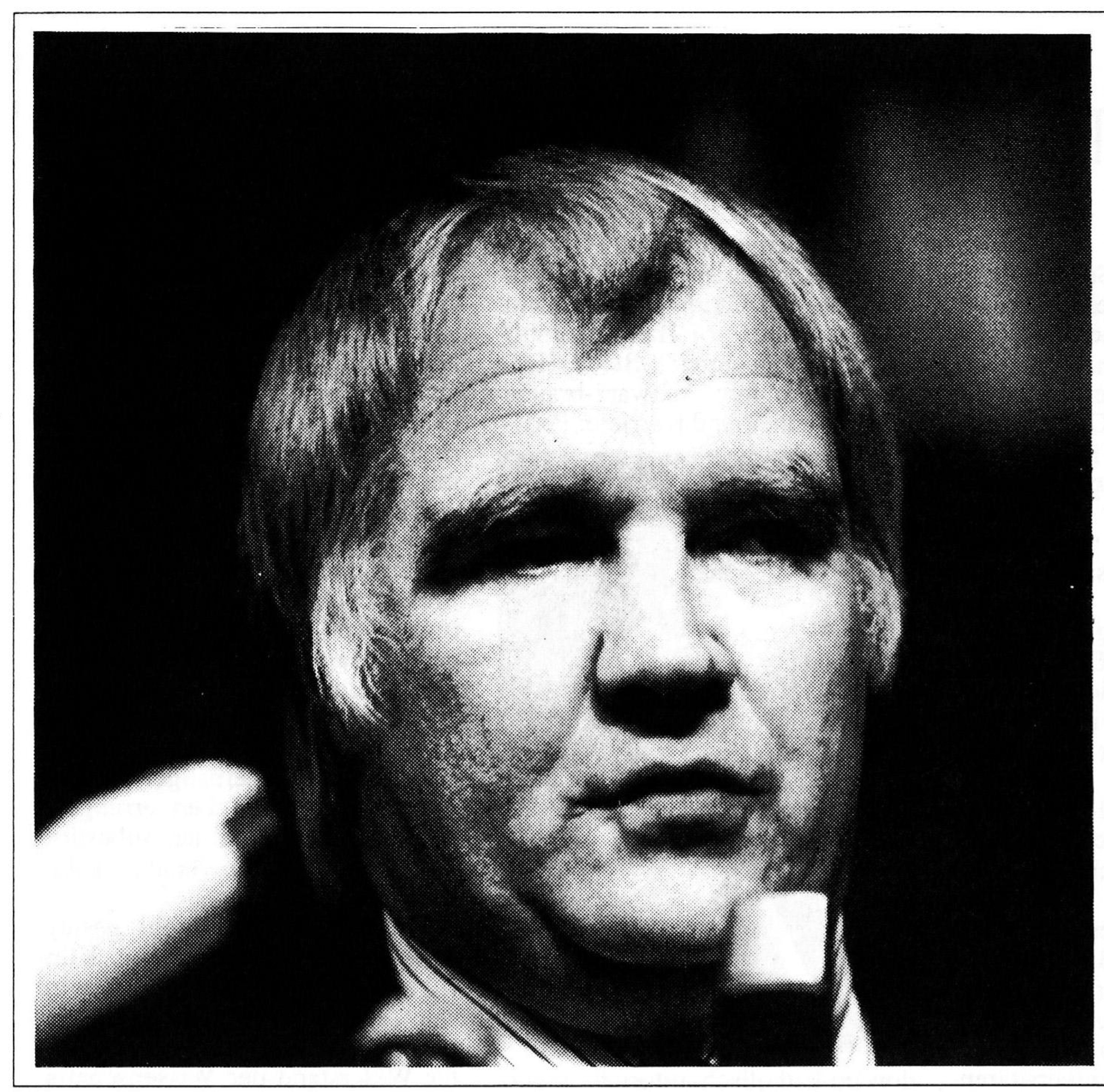
Immer stärker kamen die Führungsansprüche des TOB zum tragen, einsam erlassene "Organisationsmitteilungen", mit denen er ähnlich der Ratschläge des Reinhard Höhn (Führungsakademie Bad Harzburg, ehemaliger SS- und SD-Ideologe) die eben errungene Instituts- und Gremienmitbestimmung an der Universität außer Kraft setzte.

Schließlich muß er wohl gesiegt haben. Von irgendwelchen Konflikten in seinem Lehrgebiet wird seit ca. 8 Jahren nichts mehr berichtet. Nachdem ein nennenswerter Widerstand der Wissenschafts-Gemeinde ausgeblieben ist, kann er sich nun bedeutenderen Aufgaben zuwenden. Allein die Studenten fürs Lehramt an beruflichen Schulen klagen, "um ihn ist nicht herumzukommen" - also paßte man sich an.

Das könnte - das müßte jetzt anders werden. Seine Schriften und Veranstaltungen sind jetzt anders wahrzunehmen. Als Ausbilder zukünftiger GewerbelehrerInnen ist er untragbar und für seinen Fachbereich zur politischen Herausforderung geworden - auch wenn er im Gesamtspektrum der Uni-Hannover ein eher nebensächliches Fach vertritt.

TOB ist kein Faschist, jedoch Mitmacher in der erneuten "Konservativen Revolution in Deutschland". Sein Onkel und ehemaliger Reichssportführer ist in dem Handbuch von Armin Mohler* zur konservativen Revolution 1918-1932 nicht aufgeführt. Wenigstens im Geiste wird er ihn wohl überspringen wollen, wenngleich er sich sowohl vom Wehrdienst als auch vom Ersatzdienst gedrückt hat. Unter der "Führung" von Franz Schönhuber wird er es schon zu etwas bringen!

** Mohler Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, Darmstadt 1972*



Manfred Fricke

42 Jahre, Elektromeister in Bodenwerder. Ist nach eigenen Aussagen 1986 aus der CDU ausgetreten. Er schlägt sich selbst als flügelunabhängigen Kandidaten für den Landesvorsitz vor und erhält (s)eine Stimme. Fricke versuchte sich als Wirtschaftsexperte zu profilieren. Sein Bekenntnis zur Bundesrepublik in ihren heutigen Grenzen stellt er selbst in Frage: "wir müssen aus wirtschaftlichen Gründen den Anspruch auf die ehemaligen Ostgebiete aufrechterhalten."

Dieter Biernath: Vom Wort zur Tat

REP-Funktionär inszeniert Schlägerei

Dieter Biernath gehört zu den "Putschisten" um den ehemaligen CDU-Mann Tschammer-Osten und war als Beisitzer für dessen Landesvorstand vorgesehen. Biernath, ehemaliger Kreisbeauftragter und heute stellvertretender Kreisvorsitzender der REP in Rotenburg tat sich ganz besonders hervor. Der Vorwurf der ehemaligen NPD-Mitgliedschaft des REP-Landesvorsitzenden Margraf wurde von ihm konkretisiert."Der Mann hat in seinem Partykeller in Hannover Bilder hängen, die Hitler zeigen."

Biernaths Empörung ist so berechtigt wie geheuchelt. Er selbst war nach Auskunft des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Adolf Dammann Mitglied der niedersächsischen NPD - und das war keine Jugendsünde.

Bei der Vorstellung als Landesvorstandskandidat gibt er sich bieder:"aus Scheeßel-Hetzwege, 36 Jahre, verheiratet, ein Sohn. Das in Niedersachsen wohl einmalige Ergebnis von 29 Prozent bei der Europa-Wahl in der Gemeinde Sothel ist auf ... persönliche Präsenz vor Ort zurückzuführen. Facharbeiter in der Forstwirtschaft." Nicht erwähnt werden Biernaths publizistische Ergüsse in der Rotenburger Lokalpresse. Die strotzen nur so vor nationaler Überheblichkeit und zeigen deutliche Züge in Richtung Antisemitismus. Dem Bundespräsidenten von Weizsäcker unterstellt Biernath "schwere Bewußtseinsstörungen oder eine Art Vaterlandshaß" und fragt: "Ist es der tumbe Deutschenhaß seiner Redenschreiber, die wahrscheinlich in Tel Aviv oder London sitzen"?

Biernath beläßt es jedoch nicht bei verbalen Attacken. Er will "eine geistige Neuorientierung und eine moderne Politik der Perspektiven und des Agierens durch (..)setzen". Und agiert hat er! Beim Schützenfest in der Gemeinde Sothel Anfang Juli provozierte er eine seit langem dort ansässige Sintifamilie mit Aussprüchen, wie "Wenn ich Adolf gewesen wäre, würdet ihr nicht mehr da sein." Derartigen menschenverachtenden Sprüchen folgte eine Schlägerei, bei der einem Sohn der Sintifamilie eine Flasche über den Kopf geschlagen wurde. Mehrere Mitglieder der Familie wurden ebenfalls verletzt. Auf Biernaths Seite realisierte sich auch in schlimmster Weise das Bündnis zwischen REP und CDU. Der Ortsbürgermeister der Ortschaft Sothel, Wilhelm Riepshoff, nebst Frau ("Schlagt die Zigeuner nieder") und Sohn taten sich bei der Schlägerei besonders hervor. Anlaß für die Rotenburger Rundschau zu der Frage:" Wie weit ist es gekommen in dieser Republik? Das dürften sich mittlerweile all jene fragen, die sensibel sind für die deutsche Geschichte. 1989 in Sothel - nur ein Anfang?"Die Sinti-Familie erstattete gegen Biernath und andere Anzeige wegen "Volksverhetzung und Körperverletzung".

Antrag derJunge Gruppe, GdP auf dem DGB-Jugend Landesbezirkskonferenz / Thema: Entschließung

Wortlaut:
Die DGB- Landesbezirksjungenkonferenz erkennt in den »Republikanern« eine Partei, deren Programme und Zielsetzungen mit den Grundsätzen, Aufgaben und Zielen der Gewerkschaftsbewegung unvereinbar sind.
Programm und Zielsetzungen der »Republikaner« zeichnen sich insbesondere aus durch...
- Gewerkschaftsfeindlichkeit
- Frauenfeindlichkeit bzw. Emanzipationsfeindlichkeit
- Ausländerfeindlichkeit
- Forderungen gegen die Freiheit der Presse und der Medien
- Geschichtsklitterung
- Antisemitismus

Eine Mitgliedschaft bei den »Republikanern« und in DGB-Gewerkschaften sieht die Landesbezirksjngenkonferenz als unvereinbar an.
Es bleibt Aufgabe des DGB und den Einzelgewerkschaften, sich mit den Zielsetzungen der »Republikaner« kritisch auseinanderzusetzen und in einer offenen Diskussion auf argumentativer Ebene auf die Unvereinbarkeit zwischen Gewerkschafts- und gleichzeitiger »Republikaner«-Mitgliedschaft hinzuweisen.

Fortsetzung von S. 8

Streit bald aufgeht: "Diese Entwicklung ist sehr unerfreulich." Später wird er stöhnen: "Wir haben alle das Gefühl, daß der Parteitag entgleist."
Zur Absprache über die Arbeit des Vorstandes melden sich 25 Mitglieder. Nur drei kommen zu Wort. Denn Schönhuber ("Zum Dampfablassen ist mir die Zeit zu schade") greift immer wieder autoritär in den Ablauf ein.
Mit Drohungen und Lockungen versucht er, Margraf die Wiederwahl zu verbauen. Mehr als 30 mal tritt er im Laufe des Tages ans Rednerpult, um seinen Willen durchzusetzen. Doch diesesmal folgt die Partei ihrem Führer nicht.
Schon eingangs beschließt der Parteitag, auf einen Bericht des vom Präsidium eingesetzten "Landesbeauftragten" Tschammer-Osten zu verzichten. Auch ein donnernder Frontalangriff von Schönhubers Vize **Johanna Grund** zeigt beim Parteivolk wenig Wirkung. Verbissen wettern die einen gegen die "Ignoranz" der "Zwölfer-Bande", zetern die anderen über die "Inkompetenz" des Margraf-Vorstandes.
Die verbalen Kämpfe treiben immer neue Blüten, da tritt plötzlich gegen Mittag Schönhuber in die Bütt, um mit ganz großer Geste zu verkünden, nun werde der Parteitag eine "sensationelle Wende" nehmen.

"Sensationelle Wende"

Diese Wende besteht in einer kurzen Unterbrechung - auf den Toiletten wird erster Unmut über Schönhuber laut -, weil die Hauptkontrahenten sich zum Kungeln ins Hinterzimmer zurückziehen. Der dort vereinbarte "Kompromiß" hält aber keine zwei Minuten, da auch dem Parteitag nicht verborgen bleibt, daß alle Hinterzimmer-Strategien über ihn unterschiedliche Versionen verbreiten: "Der eine sagt, Margraf spricht vom Rücktritt nach der Wahl, was stimmt denn nun?"
Der ersten Wende folgt die zweite: Eine neue Unterbrechung, diesesmal länger. Das Parteivolk grummelt: "Wir wollen wählen, nicht kungeln".
Strahlend steht Schönhuber nach gut zehn Minuten wieder in der Bütt. Triumphierend tönt er: Nun sei es gelungen; Margraf werde im Januar als Landesvorsitzender zurücktreten, dann könne er Ehrenvorsitzender werden und Platz fünf auf der Landesliste habe man ihm auch zugesichert...
Damit scheint sich die "Zwölfer-Bande" durchzusetzen, die wegen der alt-braunen NPD-Flecken in Margrafs Vergangenheit fürchtet, die "einmalige historische Chance" bei den Wahlen zu verpassen.

Margrafs Triumph

Doch der so unbeholfen wirkende Margraf schlägt Schönhuber mit dessen eigenen populistischen Mitteln. Mit bekümmertem Augenaufschlag bekennt er: Eigentlich wolle er ja gar nicht vorzeitig zurücktreten und wer für eine faire Vorstandswahl sei, möge sich bitte von

Fortsetzung S. 12

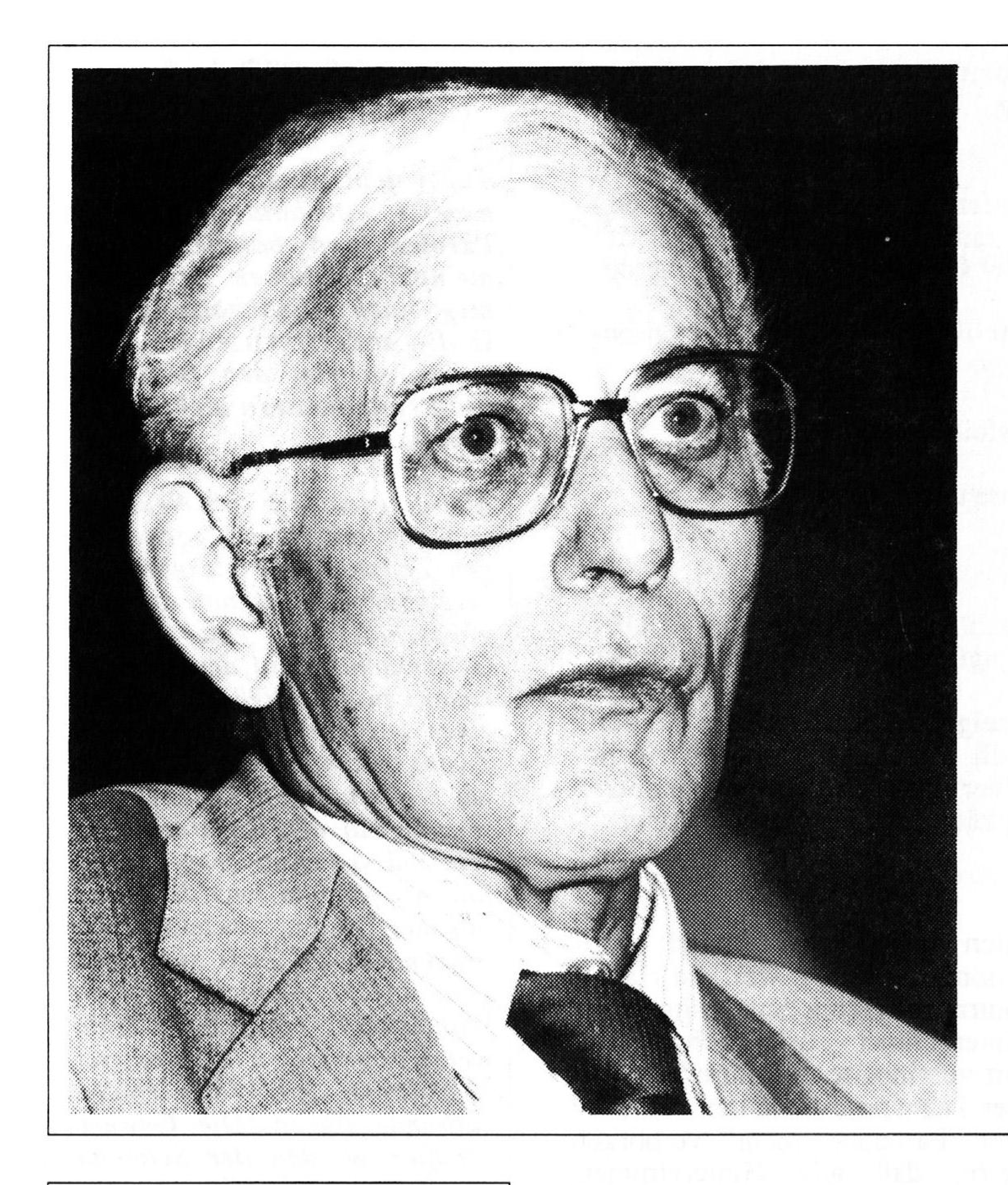
DGB: REP sind gewerkschaftsfeindlich

Außer deutschnationaler Kraftmeierei, ausländerfeindlichen Parolen und banalen Allgemeinplätzen haben Arbeitnehmer nach Einschätzung des DGB-Landesvorsitzenden Karl Neumann von den Schönhuber-Republikanern nichts zu erwarten.

Allerdings sprach sich Neumann dagegen aus, zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits eine Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft und den Republikanern zu beschließen. "Anstelle einer derartigen administrativen Zwangsmaßnahme benötigen wir die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Republikanern. Wir müssen Antworten darauf finden, wer und was die Republikaner sind, welche programmatischen Ziele sie verfolgen, welche Gründe für ihre Wahlerfolge maßgeblich sind, wer Schönhuber wählt und welche Motive dem Wahlverhalten zugrunde liegen. Die Gewerkschaften werden der Schönhuber-Partei auf den Grund gehen, damit Arbeitnehmer ihr nicht auf den Leim gehen", kündigte Neumann an. Weiter sagte er: "Gegen die Republikaner helfen weder Verbotsaufrufe noch blindwütiger Aktionismus. In der Wahl der Republikaner drücken sich Verzweiflung, Perspektivlosigkeit, soziale Notstände, Verunsicherungsgefühle und Abstiegsängste zugleich aus. Während die Republikaner mir simplen und eingängigen Parolen auf Stimmenfang gehen, wollen die Gewerkschaften eine Kursänderung in der Politik und eine moralisch-kulturelle Auseinandersetzung mit nationalistischen, fremdenfeindlichen und antimodernistischen Einstellungen".

"Auch die Gewerkschaften waren bisher nicht das erwartete Bollwerk gegen die Versuchung von rechts. Unter den Wählern der Republikaner finden wir viele Mitglieder von Gewerkschaften, wie wir sie in der Gesamtbevölkerung finden."
Dr. Dieter Roth, Leiter der Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim)
in der Funktionärszeitschrift der IG-Chemie, Umschau Nr. 9/89

Rep-Parteitag



Dieter von Glahn

66 Jahre, Sozialpädagoge und -psychologe aus Hannover. Von Glahn läßt sich kurz vor den Landesparteitag auf einem (gerichtlich mittlerweile für ungültig erklärten) Kreisparteitag in den hannoverschen Kreisvorstand der REP wählen und tritt als Sprecher auf. Er kann als ehem. Geschäftsfüher des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland", als Mitarbeiter der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" und als Vorstandsmitglied der "Konservativen Aktion" auf eine lange Karriere im rechten Lager zurückblicken. Im Mai 1989 verließ er die CDU nach langjähriger Mitgliedschaft und schloß sich den REP an. Seine Kandidatur fand allerdings nur wenig Gegenliebe bei den REP. Bei der Wahl zum Landesvorsitzenden erhielt er 10 und bei der Wahl des Stellvertreters 39 Stimmen.

Die "Frankfurter Rundschau" kommentierte den Machtkampf bei den niedersächsischen REP am 11. September so (ein Auszug):

Führerprinzip

"Nach dem Grundgesetz ist die Gründung von Parteien frei. Ihre innere Ordnung muß aber demokratischen Grundsätzen entsprechen. Ob sie alle jederzeit diesem Verfassungsgebot gerecht werden, läßt sich bezweifeln. Was sich aber auf Parteitagen der "Republikaner" abspielt, sollte die Ausschüsse, die über die Zulassung zu Wahlen zu entscheiden haben, zu gründlicher Überprüfung dieser Partei veranlassen. Auf dem Landesparteitag in Hannover dementierte Franz Schönhuber: "Ich bin nicht der Vorsitzende einer angeblichen Führerpartei." Richtig. In Wahrheit ist er der Führer einer Führerpartei. Jedenfalls führt er sich so auf. Er und seine "Schönhuber, Schönhuber!" skandierenden Anhänger behaupten, sie seien "der gemäßigte", "der demokratische" Teil der Partei. So möchten sie sich als koalitionsfähig darstellen. Doch ihre Methoden des Umgangs mit anderen Teilen der Partei sind alles andere als gemäßigt und demokratisch. ..."

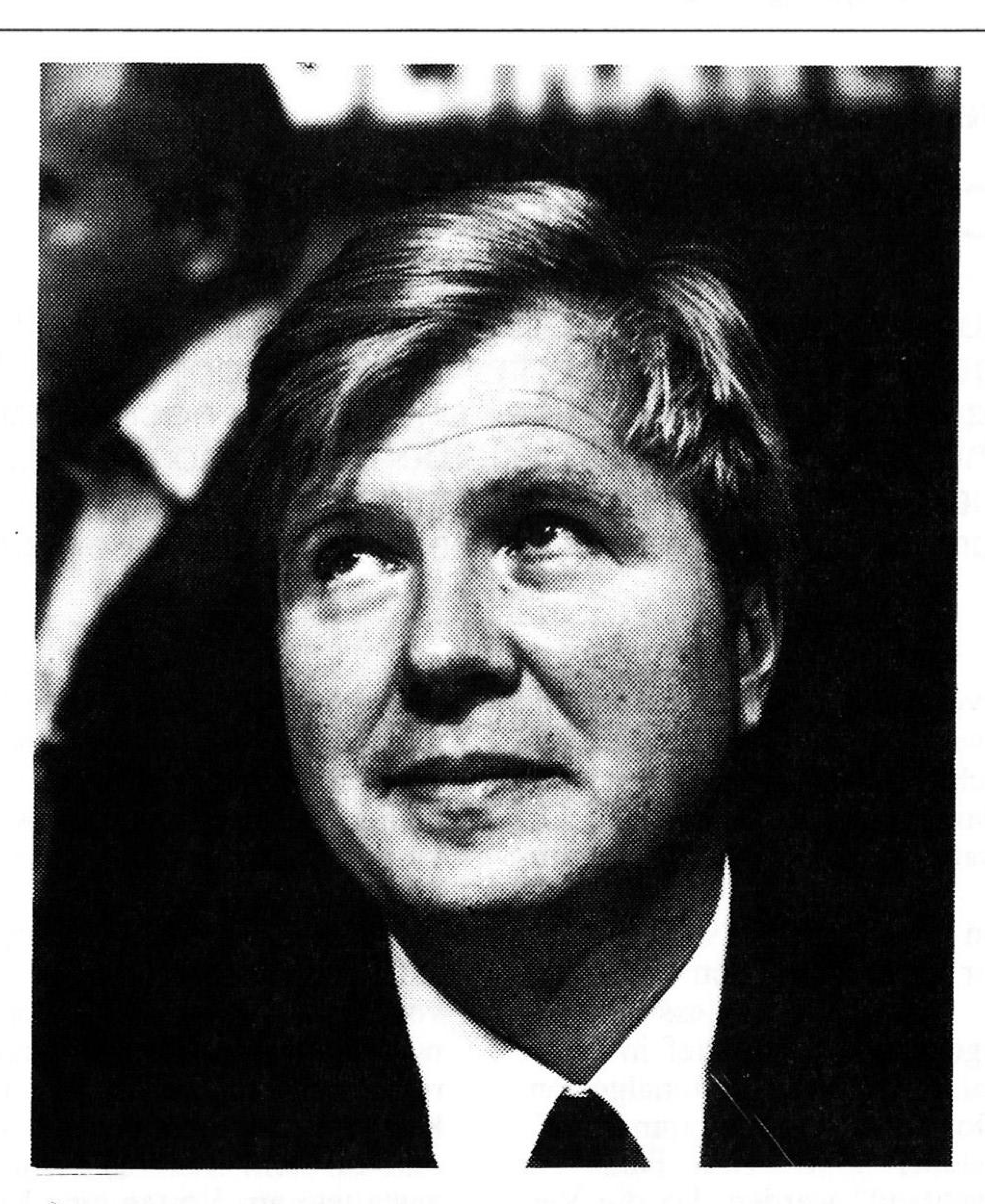
Fortsetzung von S. 11

seinem Platz erheben: Schlagartig stehen rund 200 der 300 versammelten REP und jubeln ihrem Margraf zu.
Der blamierte Schönhuber tobt: Mit Margraf werde er nie in den Wahlkampf ziehen, der sei "intellektuell nicht in der Lage, die Republikaner zu repräsentieren". Einen Tag später schwächt das REP-Präsidium die Drohung ab: Redner der Bundes-REP sollten nicht im Niedersachsen-Wahlkampf zum Einsatz kommen...
Im Saal wächst wieder das Chaos. Es wird debattiert, ob debattiert werden soll; ob die, die bisher nicht zu Wort kommen konnten, weil Schönhuber "immer darf", noch reden dürfen? Schließlich wird über den vorzeitigen Schluß der Debatte abgestimmt: 307 stimmberechtigte Mitglieder sind in der Halle, aber - Wahlbetrug - 325 Stimmzettel werden abgegeben. Per Hammelsprung entscheiden sich die REP schließlich, nun mit der Wahl des Vorstandes zu beginnen.
Fünf Kandidaten wollen Landesvorsitzender werden. Eine wirre Personalvorstellung beginnt. Schönhuber geht jetzt frontal auf Konfrontation zu Margraf. Hat er vorher bereits gedroht, er sei bereit, sich "von einer Organisation zu trennen, die die Partei schädigt", malt er jetzt die Gefahr einer "Unterwanderung" der niedersächsischen REP durch NPD und DVU an die Wand. Die REP, beschwört er die versammelten Rechtsradikalen, seien eine moderne Partei, die weder der NPD noch dem "Devotionalienhändler Frey", dem rechtsradikalen Pressezar und Führer der DVU, in die Hände fallen dürfe.
Gelächter im Saal, als Schönhuber sagt, er wolle jeden Anschein von "Wahlbeeinflussung" vermeiden. Später, als Margraf wiedergewählt ist und Schönhuber donnert, er werde dem REP-Bundesvorstand empfehlen, die niedersächsische Partei im Landtagswahlkampf nicht zu unterstützen, steigert sich der Unmut zu "Pfui"- und "Schönhuber raus"-Rufen.

Vorstand "abschießen"

Margraf, der bei einer Wahl zu Beginn des Parteitages vermutlich 80 Prozent der Stimmen erhalten hätte, setzt sich wegen Schönhubers rhetorischen Eingriffen erst im zweiten Wahlgang durch. Im ersten Wahlgang hat er vier Mitbewerber: **Manfred Fricke** (42), Elektromeister aus Bodenwerder an der Weser, bringt es nur auf eine einzige Stimme. Hinsichtlich des Parteitagsverlaufs erkennt er messerscharf: "Irgendetwas ist hier doch schief gelaufen."
Zweiter Mitbewerber ist der Han-

noveraner **Dieter von Glahn** (66), der früher Mitglied in der FDP und später in der CDU war und seit 1945 permanent für Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung und andere einschlägige Themen rechtsaußen aktiv war. Trotz seines aufrechten rechtsradikalen Lebens schafft er - welch' Tragik - nur zehn Stimmen.
Im zweiten Wahlgang verzichtet er zugunsten von **Heinz-Dieter Fehlig** - einem blassen Ex-Christdemokraten und Koch aus Söhre bei Hildesheim. Dort ist Fehlig auch Kreistagsabgeordneter. Sein Mandat erhielt er noch als CDU-Mitglied. Fehlig ist öffentlich erklärter Spitzenkandidat der "Zwölfer-Bande", erhält aber nur 92 Stimmen. Eine Hildesheimer Zeitung spottete im Vorfeld des Parteitages unter der Überschrift "Der tiefe Schlaf aus Söhre", von Fehlig sei bisher so wenig bei den REP zu hören und sehen gewesen, daß vermutet werden müsse, er wolle jetzt nur REP-Landesvorsitzender werden, um diesen Verein sanft einschlafen zu lassen.
Vierter Mitbewerber um das Amt des niedersächsischen REP-Führers ist **Werner Haase** (43), Volljurist und Finanzmakler aus Göttingen. Er weiß anfangs noch nicht so recht, zu welchem Flügel er sich schlagen soll und wird wider Erwarten auch mit Kritik aus dem Saal konfrontiert: Die von ihm geforderte Privatisierung der Sozialversicherungen treffe die sozial Schwachen.
Haase ("Ich halte mich für einen sehr guten Mann") erhält nur 57 Stimmen. Wütend und enttäuscht verläßt er, der viel Geld in die REP gesteckt haben soll, den Saal.
Später, als Margraf, der im ersten Wahlgang mit 143 Stimmen klar vorne liegt, sich in einer Stichwahl gegen Fehlig mit 155 gegen 131 Stimmen durchsetzt, boykottiert der Flügel um Tschamer-Osten die weitere Mitarbeit im Margraf-Vorstand. Haase und Fehlig werden auf Margrafs Vorschlag zwar zu dessen Stellvertetern gewählt, nehmen die Wahl aber nicht an. Begründung: Damit Schönhuber, wenn er wolle, "diesen Vorstand abschießen kann", erläutert Fehlig. Und Tschammer-Osten meint mit Blick auf die Mehrheit des Parteitages: "Diese Leute muß man vernichten".



Werner Haase

Jahrgang 1942. Ist als selbständiger Versicherungs- und Finanzmakler in Göttnigen tätig. Sein Eintritt bei den REP erfolgte nach der Berlin-Wahl. Bis zum 9.9.1989 fungierte er als Nachfolger des Rechtsanwalts Grabowski als stellvertretender Landesvorsitzender. Schlägt sich während des Landesparteitages auf die Seite Tschammer-Ostens ("Margraf ist Vergangenheit, ich trete für die Zukunft ein"). Haase hat eine Broschüre veröffentlicht ("Zukunft"), in der er die Privatisierung der Sozialversicherungen als "Vision" schmackhaft machen möchte.

Klaus Kunze: Judenmord als Rechenproblem

"Sturm im Wasserglas" heißt die Überschrift einer "Dokumentation" über die internen Auseinandersetzungen bei den niedersächsischen REP. Der Uslarer Rechtsanwalt Klaus Kunze (35) veröffentlichte diesen Artikel in einer Sonderausgabe des "Niedersächsischen Republikaners" zum REP-Landesparteitag, die vom Tschammer-Osten-Flügel herausgegeben worden war. Als Gegenleistung war ihm ein Sitz im REP-Landesvorstand zugedacht worden.
Die Benennung Kunzes wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ernsthaftigkeit des für die Öffentlichkeit inszenierten Kampfes gegen die "Extremisten" bei den REP. Kunze ist bereits seit Jahren als Rechtsanwalt auch der neofaschistischen Szene bekannt. So vertritt er regelmäßig den Chefideologen der niedersächsischen NPD, Hans-Michael Fiedler. Auch Siegfried Müller, wegen Brandstiftung angeklagte und verurteilte hannoversche FAP-Kameradschaftsführer, konnte im vergangenen Jahr auf Kunzes Hilfe bauen.
Der ehemalige Burschenschaftler und Schutzpolizist (bis 1979 Mitglied der CDU) hat bei seinen Kontakten zur neofaschistischen Szene offenbar nicht nur juristisches Interessse. Bereits vor Jahren unterzeichnete er einen Aufruf, in dem Straffreiheit für das Aufstellen der These von der sog. "Auschwitzlüge" gefordert wurde. Mit seinem Eintritt bei den REP scheint eine effektivere Umsetzung seiner nach wie vor unveränderten Grundhaltung. Als Beleg mag dafür ein Artikel in der Parteizeitung "Der Republikaner" vom April 1989 dienen. Er beklagt darin "eine Justiz,die mit den Mitteln des Strafrechts gewisse Behauptungen zur jüngeren Vergangenheit als historiche Wahrheit verteidigt und wegen Beleidigung verurteilt, wenn jemand falsch rechnet."



Aufmarsch zur 2. »Hess-Gedenkkundgebung« in Wunsiedel

Wolfgang Becker

Der Rudolf-Hess-Mythos

Wunsiedel als Nazi-Wallfahrtsort

Am 17. August 1987 starb im Spandauer Kriegsverbrecher-Gefängnis ein Mann, dessen Leben nicht nur Stoff für gefälschte Hitlertagebücher lieferte. Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess, im Nürnberger Prozeß von alliierten Richtern zu lebenslänglich verurteilt und als Greis nach 46 Haftjahren eines - laut Untersuchungsbericht - natürlichen Todes gestorben, war schon zu Lebzeiten Symbolfigur und "Märtyrer" einer neuen Generation von Ewiggestrigen. "Rache für Hess", fordern die neuen Nazis heute. Für sie starb ihr "Englandflieger" den Heldentod, erdrosselt von "alliierter Hand".

Bereits vor über zwei Jahren, als Hess-Tod und geplante Bestattung im Familiengrab Schlagzeilen machten, strömten Neonazis ins bayrische Wunsiedel. Wegen verschiedener Vorkommnisse und negativer Presse verschob die Familie in Abstimmung mit Stadtverantwortlichen und Polizeibehörden die Beisetzung auf einen unbekannten Termin. Wunsiedel sollte nicht zum Nazi-Wallfahrtsort werden - ein Trugschluß, wie schon der erste Todestag im August des Vorjahres zeigte. Anmelder einer Gedenkkundgebung war Alt-Nazi **Berthold Dinter** aus Rheda-Wiedenbrück, Herausgeber der Hetzpostille "Wehr Dich" und Kommunalwahlkandidat einer "Deutschen Gemeinschaft". Gegen eine Verbotsverfügung des Landrats setzte sich Dinter vor dem Oberverwaltungsgericht durch, und ließ seine jungen Kameraden aufmarschieren, unter ihnen war auch der damalige "NEUE FRONT - Organisationsleiter" **Michael Kühnen**.

Schon im Herbst 1988 meldete Dinter für Samstag, den 19.August, eine zweite "Hess-Gedenkkundgebung" an und rief in seiner Monatsschrift alle "nationalgesinnten Deutschen" zum Kommen auf. Wunsiedel solle "zum Fanal für Deutschland" werden. Da die Veranstaltung im Vorjahr - dank massiven Polizeiaufgebots - für die Nazis und die Stadt ohne nennenswerte Vorfälle - abgesehen von festgenommenen Antifaschisten - verlaufen war, sah das Landratsamt zunächst keinen Handlungsbedarf. Erst als der im Mai 1989 entstandene "Arbeitskreis gegen alte und neue Nazis, Fichtelgebirge" für den gleichen Tag eine Gegendemonstration anmeldete, kam das Verbot beider Veranstaltungen, das jedoch vom zuständigen Verwaltungsgericht aufgehoben würde.

Die bundesweite Mobilisierung des antifaschistischen Bündnisses - von Friedensgruppen, Roten, Grünen, Gewerkschaftern - fand überregional kaum Beachtung. Die lokale SPD stieg kurz vor dem Termin aus dem Bündnis aus und veranstaltete am Vortag eine Kundgebung zu "Demokratie und inneren Frieden" und folgte damit dem Wunsch des Wunsiedler Bürgermeisters, "am Samstag, den 19., zu Hause zu bleiben und die Fenster zu verschließen."

So kamen nur rund 500 Antifaschisten zu einem friedlichen Zug durch die Stadt. In Redebeiträgen

forderten Ray Dietz (amnesty) und Peter Gingold (VVN-BdA) dazu auf, "entschlossen auf die Straße zu gehen" und die Nazis nicht zu ignorieren. Phillip Ernstberger als Sprecher des Arbeitskreises appellierte an die Verantwortlichen, den "Aufmarsch der Neonazis" zukünftig zu verbieten. Wenig später trabten dann, beschützt von einem massiven Polizei-Aufgebot, etwa 250 fanatische Hess-Fans durch Wunsiedel. Dabei war die gesamte Prominenz des harten Nazi-Lagers und sämtliche Führer auch aus dem europäischen Ausland. Doch einer fehlte: Der zwischenzeitlich bei den Kameraden in Ungnade gefallene und abservierte Michael Kühnen.

Dessen langjähriger Gefolgsmann, **Christian Worch** aus Hamburg, übernahm von Dinter die Leitung der Veranstaltung. Zusammen mit dem FAP-Vorsitzenden **Friedhelm Busse** - ein wegen Kapitalverbrechen vorbestrafter ehemaliger Münchner Druckereibesitzer - beschimpfte er die Gegendemonstranten "Pöbel", "Asoziale", "Ratten". Worch und Busse gelten, nachdem die seit 1986 tobenden Flügelkämpfe der Neonazis augenfällig beigelegt scheinen, als die starken Männer der Zukunft. Busse steht als ehemaliger Führer der verboten "Volkssozialistischen Bewegung" (VSBD) für ein Bündnis mit den "Nazi-Traditionalisten" (etwa der Wiking-Jugend) wie für internationale Kontakte zu Faschistengruppen. Er baut, unterstützt von den Generalsekretären **Jürgen Mosler**(Duisburg) und **Volker Heidel** (Hannover) - letzterer auch FAP-"Bundespropagandaleiter", die Partei zu einer nach Kaderprinzipien organisierten Truppe auf.

Christian Worch, Initiator einer "Nationalen Liste" in Hamburg, scheint sich wie Bertold Dinter von dem glücklosen Homosexuellen Kühnen abgewandt und ganz der "politisch-publizistischen" Arbeit gewidmet zu haben. Sein nicht unintelligent gemachtes Kampfblatt "Index" zählt auch bei westlichen Geheimdienstlern zur Pflichtlektüre. Dies ganz besonders, nachdem im Sommer ein als GSG-9 getarntes Antifa-Kommando ihn seines Archivs entledigte und das BKA im Auftrag des Generalbundesanwalts die Ermittlungen aufnahm. Nicht gegen Worch und dessen Hetze gegen "Rote", "Ausländer" und "Besatzer", sondern nach §129a gegen die antifaschistische Selbsthilfegruppe.

In der Nazi-Demonstration marschierten auch einschlägig bekannte Rechtsterroristen, darunter wegen Überfällen auf Nato-Soldaten und Brandstiftungen zu langjährigen Haftstrafen Verurteilte. Die Dokumentationstrupps der Sicherheitsbehörden beschränkten sich darauf, mit Foto und Video Gesichter festzuhalten. Hingegen kesselten Einheiten der neuen bayrischen USK - "Sonder" - Polizei ("Gauweiler-Truppe") zwei Gruppen jugendlicher Punx über einen längeren Zeitraum ein. Eine eigenmächtige Aktion, die mit der polizeilichen Einsatzleitung nicht mal abgesprochen war.



FAP-Vorsitzender Friedhelm Busse

Der "Arbeitskreis gegen alte und neue Nazis, Fichtelgebirge" hat sich vorgenommen, auf regionaler Ebene antifaschistische Arbeit zu leisten und dabei Bündnisse mit allen gesellschaftlichen Gruppen einzugehen. Hauptproblem ist zur Zeit die Mobilisierung der ansässigen Bevölkerung ebenso wie der Kontakt und Erfahrungsaustausch mit anderen Antifa-Initiativen in der Republik. Ein konkretes Ziel ist die Verhinderung der schon jetzt angemeldeten dritten "Hess-Kundgebung" im kommenden Jahr...



Wortführer und Anmelder: Christian Worch und Berthold Dinter (von links)

Georg Schwedhelm

Neofaschismus in Südniedersachsen

Handlungsfelder für Gewerkschaften

Eine Verkennung der Situation wäre der Glauben, daß das Gedankengut der neuen so erfolgreichen rechten Parteien vor unseren Gewerkschaften halt machte. Es wäre zu einfach zu glauben, daß nur Arbeitslose, Landwirte oder verunsicherte Mittelständler diese Gruppierungen wählen.

DVU/NPD und REP haben in einigen sogenannten Arbeitervierteln überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten. Dieses mußten wir nach der Europawahl am 18.Juni 1989 feststellen. Das heißt, daß unsere gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten diesen Parteien ihre Stimme gegeben haben. Diese Tatsache sollte uns besonders berühren und uns damit zum Handeln auffordern.

Wir müssen uns in der gewerkschaftlichen Arbeit, insbesondere in der Bildungsarbeit, mit dem Gedankengut von Republikanern, DVU und NPD verstärkt beschäftigen. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen erkennen, welches menschenfeindliche Bild hinter den Grundsätzen dieser Parteien steht.

Zum Teil waren wir der falschen Ansicht, daß unsere Mitglieder auf diese Rattenfängerparolen nicht hereinfallen. Ebenso falsch wäre die von den Unionspolitikern eingeleitete Diskussion, daß die Parteien vom linken Rand, damit meinen sie "Die Grünen", und Parteien vom rechten Rand, damit sind die Republikaner gemeint. Mit der Gleichsetzung von Republikanern und Grünen sollen die Neofaschisten verharmlost bzw. "Die Grünen" in eine undemokratisch-extreme Richtung geschoben werden. Dieser Vergleich ist eine Beleidigung für die Vielzahl an Menschen, die aus Angst um die Umwelt oder den Frieden die Partei "Die Grünen" gewählt haben.

Gerade wir als Gewerkschaften haben es versäumt - und müssen es deshalb unverzüglich nachholen - zu verdeutlichen, welchen Staat die Neofaschisten wollen. Was wird aus unserer erkämpften Sozialgesetzgebung, oder welche Rolle messen sie den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu?

Wenn wir insbesondere diese beiden Fragen beantworten, wird jedem abhängig Beschäftigten klar, daß weder Republikanerchef Schönhuber, noch der Herausgeber der Nationalzeitung, Frey, seine Interessen vertritt.

Folgende Schwerpunkte werden wir deshalb in unserer Gewerkschaftsarbeit vor Ort aufgreifen:

*Unser Arbeitergeschichtsverein hat im August ein Buch über die Zeit des Nationalsozialismus in Münden herausgegeben. Die Zerschlagung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, der Aufbau des Unterdrückungsstaates und die Verfolgung von Sozialdemokraten, Kommunisten und jüdischen MitbürgerInnen werden hierbei beschrieben.

*Anhand des Buches kann ein alternativer Stadtrundgang durch Hann-Münden durchgeführt werden. Nicht unser schönes Rathaus und die alten Fachwerkhäuser werden dabei in den Mittelpunkt gerückt, sondern die Stätten der Verfolgung während der Nazidiktatur. Das DGB-Ortskartell wird diesen alternativen Stadtrundgang anbieten

*In Zusammenarbeit mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben werden hierzu Veranstaltungen in den umliegenden Ortskartellen durchgeführt.

*Im Rahmen der Diskussion über ein Museum der Arbeit sollte eine ständige Ausstellung über Hann-Münden während des Nationalsozialismus mit einbezogen werden. Ziel der Ausstellung soll es sein, insbesondere jüngeren Menschen aufzuzeigen, welches Schreckenssystem die Faschisten schon einmal in Deutschland aufgebaut haben. Diese Ausstellung soll weiterhin darstellen, daß es auch in Hann-Münden eine Vielzahl an Antifaschisten gab, die ihren Einsatz gegen das Schreckenssystem mit ihrem Leben bezahlen mußten.

*Gedenktage: An bestimmten Tagen sollte immer wieder auf historische Vorgänge hingewiesen werden. Der Antikriegstag, zum Gedenken an den Beginn des II. Weltkrieges, gehört ebenso dazu wie die Reichspogromnacht.

Zusammenarbeit: Seit Dezember 1988 gibt es in Hann-Münden eine Initiative, insbesondere von jungen Menschen, die sich mit neofaschistischen Entwicklungen in der südniedersächsischen Region beschäftigen. Hieran beteiligen sich bisher Vertreter und Vertreterinnen von Kirchen, Arbeiterwohlfahrt, SPD, Jungdemokraten, Arbeitergeschichtsverein und Gewerkschaften. Ziel sollte es sein, über den türkischen Arbeiterverein hinaus andere ausländische Gruppen an der Arbeit zu beteiligen. Die örtlichen Repräsentanten, von CDU und F.D.P. bzw. Junge Union sollten nochmals auf eine Zusammenarbeit angesprochen werden.

*Bildungsarbeit: Jeweils in einer Veranstaltung während des Winterhalbjahres soll im Rahmen der Bildungsarbeit das Thema `Neofaschismus' in Hann-Münden und Südniedersachsen aufgegriffen werden. Hierzu sind entsprechende Videofilme als Diskussionsgrundlage vorhanden.

*Freundschaftsfest: Das Fest mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sollte eine sich jährlich wiederholende Einrichtung werden.

*Politisches Handeln in der Kommune: Neofaschismus ist nicht nur ein Problem der Politik ganz oben, sondern vor Ort. Gerade die Stadt Hann-Münden zeigt sich sehr offen für Aktivitäten zum Antifaschistischen Bündnis. In der Jugendarbeit muß noch deutlicher gemacht werden, daß dieses ein Schwerpunkt in den kommenden Monaten ist.

*Materialien/Infoblätter: Im Vorlauf zu den kommenden Wahlen sollten Informationsmaterialien erstellt werden.

(Georg Schwedhelm ist DGB-Sekretär in Hannoversch-Münden)

Polizist und zwei Soldaten in Wehrsportgruppe tätig

Junger Beamter suspendiert / Auf Signalkästen geschossen?

Göttingen (pid/ucg)

Zu den Mitgliedern der rechtsextremen „Wehrsportgruppe Mündener Stahlhelm-Bund", die am Wochenende bei einer großangelegten Durchsuchungsaktion in Niedersachsen und Nordhessen ausgehoben worden ist, zählt nach amtlichen Angaben auch ein 21jähriger Bereitschaftspolizist. Der Beamte auf Probe wurde einen Tag nach der Razzia vorläufig vom Dienst suspendiert. Der Kommandeur der Landesbereitschaftspolizei, Günter Hermann, sagte am Dienstag auf Anfrage, daß der Mann aus dem Raum Münden stamme und dort auch an der Polizeischule ausgebildet worden sei. Zuletzt habe er seinen Dienst bei der Bereitschaftspolizei in Hannover verrichtet. Politisch aufgefallen sei er bisher nicht, sagte der Kommandeur.

...sportgruppe festgenommen

Waffen und NS-Embleme bei Razzia sichergestellt

Göttingen (pid)

... haben Polizei und ... in Münden (Kreis Göt... rechtsextremistische ... ausgehoben und dabei ... Munition sicherge... seien 15 Personen ... teilte die Staatsan... Montag mit. ... nigung, die sich ... ner Stahlhelm-...

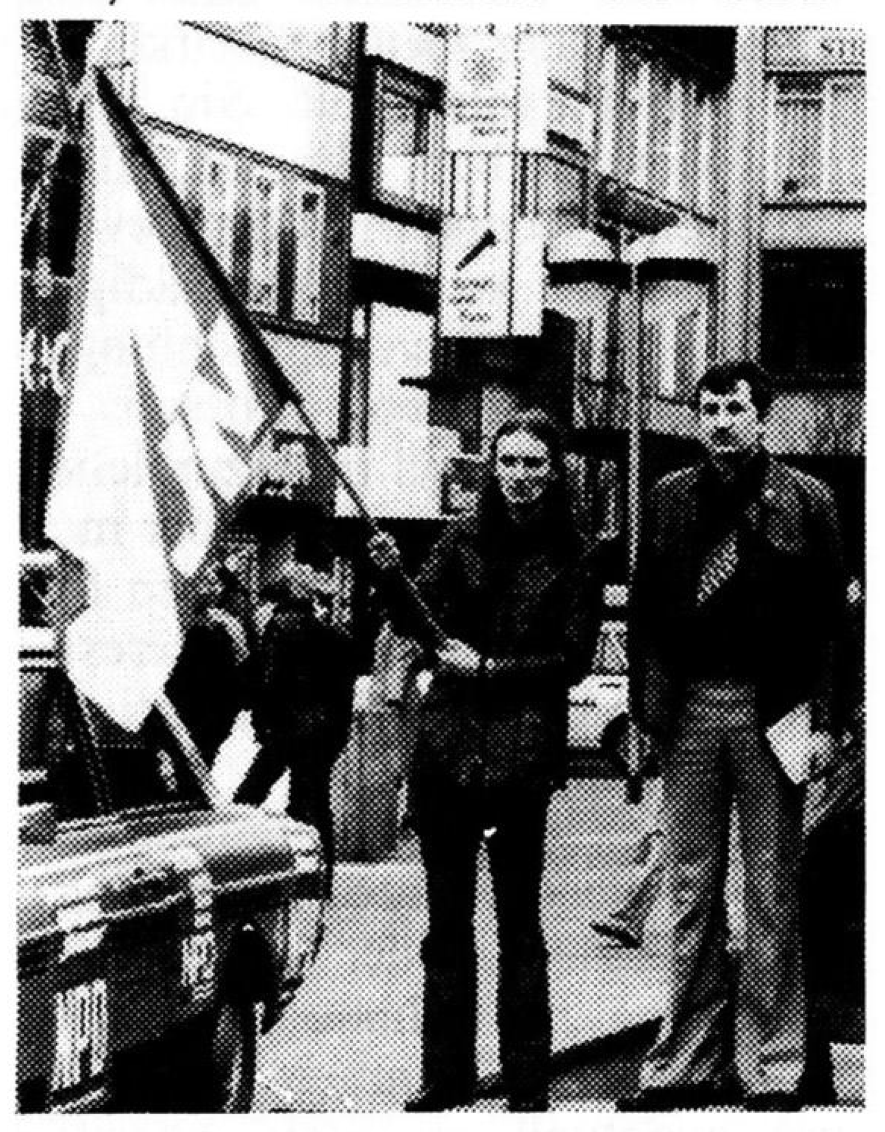
und mehr als 100 Polizeibeamte begannen gegen fünf Uhr früh, gleichzeitig 20 Wohnungen zu durchsuchen, vorwiegend in Münden, aber auch in zwei kleinen Gemeinden in Nordhessen sowie in Hannover. Dabei wurden mit Hilfe von Kampfmittelbeseitigungsspezialisten und Sprengstoffspürhunden explosive Stoffe, zahlreiche Schußwaffen, Munition, Propagandamaterial, militärische Ausrüstungsgegenstände und Embleme ...

Andreas P. Zaleshoff

Wehrsportgruppen, Anschläge und ein Führer

Militanter Nachwuchs in Südniedersachsen

Es war ruhig geworden in Göttingen und Umgebung seit Ende der siebziger Jahre, was die Aktivitäten neofaschistischer Gruppen betraf. Ruhig zumindest nach außen. Das Ende der Serie von NPD-Kundgebungen und der Skandal um die Mündener Gymnasiallehrer Kausch und Luthardt, letzterer Mentor einer militanten Gang von Jungnazis, schien auch das Ende des offensichtlichen militanten Neofaschismus. Allerdings blühte die Saat weiter im Verborgenen, und besonders der NPD-



Volker Heidel: Von den »Jungen Nationaldemokraten« zur FAP

Funktionär Hans-Michael Fiedler (Stockhausen) hatte Göttingen als Zentrum zur Rekrutierung und Schulung des neofaschistischen Nachwuchses erwählt.
Nicht diese NPD-Rekruten bestimmen allerdings das aktuelle Bild der Ausschreitungen in Südniedersachsen. Sieht mensch einmal von dem Göttinger NPD- und JN-Mitglied Ingo Kretschmann ab, der sich zu Beginn des Jahres 1987 beim Hantieren mit selbstgebastelten Sprengkörpern in die Luft jagte, weisen die Aktivisten der aktuellen Szene keine direkten Verbindungen zur NPD auf. noch in den siebziger Jahren war das anders. Doch heute hat die NPD ihre Funktion als Durchlauferhitzer weitgehend verloren, die Youngster gehen direkt zur FAP. In der Führerschaft allerdings dominieren noch immer die Männer der Vergangenheit: ob Friedhelm Busse (FAP-Parteivorsitzender), ob Volker Heidel (Hannover) oder Karl Polacek (Mackenrode bei Göttingen), sie alle kommen aus der NPD.
Für den Nachwuchs sind Aktionen wichtiger als Mitgliedschaften. Überfälle auf das überwiegend von autonomen Jugendlichen besuchte "Juzi" in Göttingen gehören seit langem zur Tagesordnung. Das gleiche gilt für diverse Wehrsportübungen in Mackenrode. Und - wie schon in den siebziger Jahren - ist auch Hannoversch-Münden wieder ein Zentrum der Aktivitäten.
Als Anfang 1989 eine "Wehrsportgruppe Mündener Stahlhelm" von der Polizei ausgehoben wurde, war klar, daß es sich nur um die Spitze des Eisberges handelte. Stadtdirektor Karl-Wilhelm Lange, selbst Opfer von Morddrohungen der Neonazis, fordert inzwischen die Einrichtung eines Sonderdezernats Rechtsextremismus bei der Göttinger Staatsanwaltschaft. Von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme ist auch der Unterbezirk der Göttinger SPD überzeugt. Die Vorfälle, die zu dieser Forderung führten, sind Legion:
-Bei der Aushebung des "Mündener Stahlhelms", zu dem auch zwei Zeitsoldaten und ein Polizeischüler gehörten, werden Handgranaten, Nebelwerfer und Pistolen beschlagnahmt. Monate später laufen Bandenmitglieder immer noch bewaffnet durch die Stadt.
-Neonazistische Schmierereien gehören zum gewohnten Stadtbild, höhepunkt war die Schändung eines Jüdischen Friedhofs. Für Stadtdirektor Lange hat man eine einfache Lösung parat: "Hängt Lange" prangt es von den Mauern.
-Nachdem Polizisten in Wiershausen dafür sorgten, daß Gäste einer Geburtstagsfeier, die sich durch 50 auf einem Grillplatz feiernde Neonazis und Skins bedroht fühlten, sicher nach Hause kamen, wurden die Beamten auf dem Rückweg von den Neofaschisten angegriffen. Mindestens vier Schüsse fielen; erst später stellte sich heraus, daß es sich lediglich um Schreckschußmunition gehandelt hatte.
-Kurze Zeit später wurde ein ähnlicher und teilweise identischer Personenkreis in Göttingen aktiv. Mehrere Wagen fuhren am Rosdorfer Kreisel "Dauerkarussell", die 15- bis 22-jährigen Insassen pöbelten Passanten an. auch diese Gruppe war offensichtlich auf Auseinandersetzungen eingerichtet. Die Polizei beschlagnahmte zwei Schreckschußpistolen, mehrere Gassprühdosen, Baseballschläger und andere Schlaginstrumente.
Kenner der südniedersächsischen Szene sehen im Hintergrund der stark gestiegenen Neonazi-Aktivitäten vor allem den 19jährigen Thorsten Heise aus Nörten-Hardenberg, der als Kreisvorsitzender der FAP fungiert. Erstmals fiel er auf durch ausländerfeindliche Schmierereien an seiner Schule in Northeim. Die Lehrer wußten sich nur durch einen Schulverweis zu helfen. Es folgte seinen Mitwirkung bei Schlägereien anläßlich "Führers Geburtstag" in Northeim, wo eine Gruppe von Skins lautstark und alkoholreich feierte und sich anschließend auf den Weg machte,"Türken zu klatschen." Die Keile bezogen sie allerdings selbst, und Ausländerfeindlichkeit blieb die Triebfeder in Heises weiteren Handlungen. Letzte bekanntgewordene Tat des Nachwuchs-Faschisten: in seinem Heimatort Nörten-Hardenberg versuchte er, einen Asylsuchenden zu überfahren. Nachdem dieser sich durch einen Sprung zur Seite retten konnte, wurde er von den Insassen des Wagens mit Tränengas bedroht. Doch auch außerhalb seiner südniedersächsischen Heimat und seiner politischen Heimat FAP ist Heise aktiv. Nach einem Besuch im "Braunen Haus" der Nationalistischen Front in Bielefeld wurde ein türkischer Jugendlicher das Opfer von Heises Ausländerhaß.
Bekannt sind nicht nur die Verbindungen aus Südniedersachsen zur NF in Bielefeld. Ebenso bekannt sind den Sicherheitsbehörden die Verbindungen aus Hann-Münden zu den "Nationalrevolutionären Kurhessen und Waldeck" in Kassel. Doch monatelange intensive Ermittlungen der Polizei zeitigten bisher nur spärliche Ergebnisse, wenn man den Angaben des Niedersächsischen Ministers der Justiz glauben darf. So gibt es immer noch keine Erkenntnis darüber, woher die Waffen und der Sprengstoff des "Mündener Stahlhelms" stammten. So ist über "konkret geplante Anschläge" angeblich nichts bekannt. Zwar streitet der Minister die Verbindungen einzelner aus dem "Stahlhelm zu neonazischen Gruppen nicht ab, doch will er diese Tatsache weder auf die gesamte Gruppe ausgedehnt wissen noch nähere Informationen über das bestehende Netzwerk geben. Dies gehe nur die Parlamentarische Kontrollkommission des Verfassungsschutzes etwas an, so der Minister.

Videos & Bücher

Neofaschismus in Südniedersachsen

Wahlerfolge und terroristische Übergriffe von neofaschistischen Gruppen fordern auch die Gewerkschaften heraus. Das DGB-Ortskartell Hannoversch-Münden legt deshalb den Schwerpunkt ihrer Bildungsarbeit "in den nächsten Monaten (auf) die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gedankengut von Nationaldemokraten - Republikanern ..." usw.
Einen Überblick über die gestiegenen Aktivitäten von Neofaschisten, deren ideologische Verbindungen mit dem Konservatismus und Thesen zum Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen liefert eine Broschüre des DGB Hann-Münden.
DGB-Ortskartell , Am Feuerteich 28, 3510 Hann-Münden

Streitschrift

Die öffentliche Diskussion über den erstarkten Neofaschismus wird beherrscht von einigen wenigen Personen, die als "Fachleute" gehandelt werden. Immer wieder wird sich in der Diskussion auf den Politologen Claus Leggewie und der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer berufen.
In einer Streitschrift setzen sich Mitglieder der "Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" kritisch mit dem wissenschaftlichen Instrumentarium und den Schlußfolgerungen der beiden genannten Autoren auseinander. Das 24-seitige Ergebnis ist jetzt unter dem Titel "Gegen Leggewiesierung und Heitmeyerei im Antifaschismus" erschienen.
c/o Boris Hempel, SJD Die Falken Kreisverband Bonn, Kaiserstr.27, 5300 Bonn 1

Aufstand derSpiesser

Zum Wählerpotential von Naziparteien

Rechtsextreme Parteien werden weiter an Einfluß gewinnen, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Probleme ungelöst bleiben und es aufgrund von Teileinigungen Wahlzusammenschlüssen im rechtsextremen Lager zu für sie günstigeren Voraussetzungen kommt.
Innerhalb dieses Lagers gibt es eine Aufteilung des Wählerpotentials, die unter anderem durch Abstufungen in Radikalität der Propaganda und teilweise voneinander abweichende Inhalte hervorgerufen wird.
Der Wahlerfolg der REP in Berlin kam für viele Leute überraschend, läuft er doch den gängigen Thesen von »Staatsfaschismus« und »Faschisierung« etc. entgegen. Das rechtsextreme Lager propagiert sogar Inhalte, die den aktuellen politischen Zielen des Kapitals zuwiderlaufen, z.B. zum EG-Binnenmarkt. Für die Linke kann das in der Konsequenz nur heißen, daß eine grundlegend neue Analyse und darauf fussend auch eine entsprechend veränderte Strategie in der Bekämpfung dieser Politik vorgenommen werden muß.
Die vorliegende Broschüre setzt sich mit den Zugewinnen des rechtsextremen Parteienspektrums bei den letzten Wahlen (Bayern 1986 bis Hessen 1989) auseinander.
Zur Vertiefung einzelner, besonders wichtiger Fragen folgen in der zweiten Hälfte der Broschüre längere Auszüge eines Diskussionspapiers, das bestimmte Entwicklungen voraussagt, die jetzt eingetreten sind

Gestern, heute... und Morgen

Die Republikanische Partei (REP) und die Hintergründe ihres Erfolgs am Beispiel der Berliner-Wahl 1989.
Berichte, Interviews, Analysen, Meinungen: Die vor allem in städtischen Ballungszentren zunehmende soziale Verelendung gesellschaftlicher Randgruppen und die durch eine restriktive Ausländerpolitik geschürte Fremdenfeindlichkeit bilden den Nährboden für das Aufkeimen rechtsextremer Organisation.
Realisation: Rolf Sterzinger und B.O.A., BRD 1987, 90 Min.

Elcin Kürsat-Ahlers, Doris Engel
Winfried

Angriffe neo
Skins auf au
Mitbürg

Am 8.und 9. 9. 1989 haben in Hannover wieder Angriffe organisierte und teilweise vermummte Skins auf ausländische Bürger und ihre Geschäfte stattgefunden. Es handelte sich hier um geplante und gezielte neofaschistische Angriffe, im Bereich des Steintors in Hannover, in dem überwiegend AusländerInnen leben. Dabei traten die Skins in einer Gruppenstärke von 50 - 80 Personen auf. Sie waren mit Metallstäben, Steinen, Baseballschlägern und Flaschen bewaffnet. Es kam zu Sachbeschädigungen an türkischen Einrichtungen. Die herbeigerufene Polizei erschien zu spät und in unzureichender Stärke am Tatort. Wieder mußten türkische MitbürgerInnen feststellen, daß ihre Schutzinteressen unzureichend von der Polizei vertreten wurden.
Trotz der Vortagsereignisse und dem an diesem Tage stattfindenden Landesparteitag der sogenannten "Republikaner", hatte die Polizei keinerlei Maßnahmen getroffen, um eventuell erneuten Angriffen entgegenzutreten.
So rotteten sich am Abend des 9.9.1989, gegen 22.30 Uhr, ca. 70 Skinheads zusammen, um die BewohnerInnen am Steintor anzugreifen. Keine Polizei zeigte sich Zivile Beamte beschränkten sich auf die Beobachtung der Vorgänge. Auf dem Höhepunkt der Ereignisse erschienen nur 20 - 30 Polizisten, die eine Kette zwischen den beiden Gruppierungen bildeten. Während die Skinheads ihre Provokationen im Schutze der Polizeikette weiterführten, versuchte man die Gruppe der türkischen Jugendlichen aufzulösen, wobei die Polizisten die Schußwaffe zogen. Es kam zum Hundeeinsatz seitens der Polizei und zu Festnahmen.
Mit Entsetzen haben wir die Berichterstattung in der hannoverschen Presse, die die Vorgänge teilweise als verharmlosende "Pöbeleien" skizzierte, zur Kenntnis genommen. Der hierzu verfasste offene Brief des Komitees gegen Rassismus an die Presse wurde nicht zur Kenntnis genommen.

hausen-Holzinger, Sigrid Beyer, Holzinger

faschistischer usländische gerInnen

Auch ein weiteres Schreiben der BAG kritischer PolizistenInnen e.V. zu diesen Ereignissen an den Polizeipräsidenten und den Innenminister fanden keine Resonanz. Immer noch sind folgende Fragen offen:
1. Warum erschien die Polizei nach einem Notruf der ausländischen MitbürgerInnen am 8.9.89, deren Geschäfte beschädigt worden sind, erst eine halbe Stunde später und in unzureichender Stärke am Tatort?
2. Warum war die Polizei auf Gewaltaktionen dieser Gruppen nicht vorbereitet gewesen, zumal an diesem Tag der Landesparteitag der sogen. "Republikaner" stattfand?
3. Warum beschränkte sich die Polizei nur darauf, eine Kette zwischen den angreifenden Skinheads und den Bedrohten zu bilden, woschon vorher feststand, daß sich die bewaffneten Skins zusammenrotten und die Bewohner am Steintor angreifen wollten. Auf Grund dieser Situation haben sich die Skinheads eindeutig als Aggressoren gezeigt. Hier ist es Aufgabe der Polizei, ihre Maßnahmen zunächst gegen die Störer zu richten. Warum ist das nicht geschehen?
Im Vergleich zu den Vorkommnissen im Herbst 1988, bei denen die Einsatzkräfte durch Platzverweise und Sperrzonen deeskalierend wirkten, drängt sich jetzt der Eindruck auf, daß durch die gesellschaftliche Akzeptanz eines neofaschistischen Klimas die Rahmenbedingungen für eine Veränderung dieser Strategie geschaffen wurden. Da die Gefahr besteht, daß aus der Angst und Schutzlosigkeit der ausländischen MitbürgerInnen eine Spirale von Gewalt entsteht, haben seitens des Komitees Gespräche mit den türkischen Jugendlichen stattgefunden. Konsens war dabei, daß MitgliederInnen des Komitees als Beobachter an den Wochenenden im Steintor präsent sind. Die türkischen Jugendlichen wollen sich gegen Neofaschismus und Rassismus organisieren. Hierzu ist ein öffentliches Hearing in Diskussionen mit den Verantwortlichen geplant.

Meldungen

Rep und Militär

Der hannoversche Brigadegeneral a.D. Ingo Günther ist der neofaschistischen Partei »Die Republikanern« beigetreten. Damit verfügen die REP nach der Ankündigung des Generals Uhle-Wettler, bei der Überarbeitung des REP-Programms mitzuarbeiten, über direkte Kontakte zu den ranghohen BW-Militärs.

ÖDP-Seminar

Für den 28./29. Oktober 1989 plant der ÖDP-Bundesverband ein Wochenendseminar zu dem Thema »Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland - Konsequenzen aus ökologischer Sicht«. Zu dem Seminar lädt Alexander Pick nach Bad Vilbel ein.

NF - Parteitag

Am 7.10.89 findet in der Quellenstr. in Pivitsheide, dem neuen Domizil der Nationalistischen Front, deren 5. Parteitag statt. Der Parteitag steht unter dem Motto »Nur organisierter Wille bedeutet Macht«.
Unter der gleichen Themenstellung werden drei Wochenendseminare (27.-29.10./24.-26.11/15.-17.12.1989) ebenfalls in Pivitsheide angeboten. Von den Teilnehmern wird absolute Disziplin und die Verpflichtung, »das Seminar von Anfang bis Ende mitzumachen« gefordert.

Notverwaltung des Deutschen Ostens

Am 23. September 1989 fand in Minden eine Tagung der Notverwaltung des Deutschen Ostens statt. Themen wie »Auswirkung der Perestrojka für Gesamtdeutschland« und »Fortschritte bei der Revision der Geschichtsschreibung« standen im Mittelpunkt des Interesses. ReferentInnen waren u.a. Udo Walendy, Ursula Stolle, Horst Ochmann, Gerhard Böttcher und Dr. Harwig Golf.

Unterschriften gegen Schönhuber

Unter den Westberliner REP-Mitgliedern kusiert zur Zeit eine Unterschriftensammlung gegen den Bundesvorsitzenden Schönhuber. Angestrebt wird dessen Ablösung. Wunschkandidat der Oppositionellen für die Nachfolge ist der schleswig- holsteinische REP-Landesvorsitzende Emil Schlee, der u.a. über gute Kontakte zur neofaschistischen Gesellschaft für freie Publizistik verfügt. Schlee war nach einem Gastspiel bei den »Patrioten für Deutschland« bei den REP gelandet.

REP-Landesparteitag

Voraussichtlich am 14.10.89 findet der Folgeparteitag der niedersächsischen REP statt. Er soll der Aufstellung der Delegierten zum Bundesparteitag und - im Falle einer Einigung der zerstrittenen Flügel - der Aufstellung der Landesliste dienen. Der Ort des Parteitags steht noch nicht fest.

Milde Strafe für Schweinekopf-Aktion

Mit Strafen von 6.000 DM für **Oliver Bode**, 2.000 DM für Kerstin M. sowie für zwei weitere Angeklagte 250 DM bzw. 4 Wochen Dauerarrest wurde vor dem Jugendschöffengericht in Hildesheim am 7. September das Verfahren gegen die an der sogenannten "Schweinekopf-Aktion" an der Jüdischen Kapelle in Hildesheim beteiligten FAP-Mitglieder abgeschlossen. Dem Hauptangeklagten Oliver Bode, ehemaliger Kreisvorsitzender der FAP, wurde von Zeugen vorgeworfen, er habe immer wieder davon gesprochen, daß "Kameraden-Schweine" und Verräter "gebornemannt" würden. Mit dieser Anspielung auf das Schicksal des hannoverschen Skinheads Roger Bornemann sollten die Zeugen eingeschüchtert werden. Offenbar nicht ohne Wirkung, denn vor Gericht wurden Aussagen wieder eingeschränkt, Erinnerungslükeen zeigten sich oder die polizeiliche Protokollierung wurde als unkorrekt angezweifelt. Ebenfalls zu milden Haftstrafen auf Bewährung wurden von der 3. Großen Strafkammer des Landgerichts Hildesheim 5 junge Männer im Alter von 16 bis 22 Jahren - allesamt aus der FAP-Szene - rechtskräftig verurteilt wegen eines Brandanschlages am 9. November 1986 auf die Asylanten-Herberge in Gronau. Darüber hinaus wurde ihnen vorgeworfen und nachgewiesen ein Brandanschlag am 5. Dezember 1988 vor der Jugendbegegnungsstätte in Gronau, Volksverhetzung durch Schmierereien auf dem Jüdischen Nordfriedhof und der jüdischen Gedenktafel am Hildesheimer Lappenberg.

Medien/Rechts in Kürze

Günther Schwarberg

Gericht glaubt dem Rechtsradikalen

Freispruch für Neonazi Geiß

Eine kleine Strafkammer des Landgerichts Nürnberg hat einen Rechtsextremisten von der Anklage der Volksverhetzung freigesprochen: Den 60jährigen Edgar Geiß aus der Bornberger Strasse 2 in Hechthausen bei Stade. Vorbestraft und gerichtsbekannt als Nazikrakehler.

Geiß hatte am 23. November 1985 vor der Meistersingerhalle in Nürnberg zusammen mit dreißig Schreihälsen gegen die Teilnehmer einer internationalen Konferenz über die Nürnberger Prozesse demonstriert. Die (vorwiegend) FAP-Leute schrieen : "Rotfront verrecke, Deutschland erwache!", "Schmarotzer", "Brandt an die Wand", "Wir bringen Euch um", "Hängt sie auf!" Als schließlich Polizisten kamen, wurden auch die beschimpft als "Speichellecker der Alliierten". Schließlich gaben die Neonazis zu erkennen, was sie von ihren Vorgängern gelernt hatten. Sie brüllten: "Wir werden Euch vergasen".

Die Konferenz, durch die Geiß und seine Anhänger derart in Wut versetzt wurden, behandelte den vierzigsten Jahrestag des Beginns der Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher. Juristenorganisationen mehrerer Länder hatten dazu eingeladen: die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, der Republikanische Anwaltsverein, die Fédération Internationale des Resistants, die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen. Erschienen waren Vertreter der höchsten Gerichte Frankreichs, der DDR, Englands, der CSSR. Zu den Referenten zählten Ramsey Clark, der ehemalige Justizminister der USA, Robert Kemper, der Hauptankläger von Nürnberg, der stellvertretende sowjetische Generalstaatsanwalt Schischow, die Präsidentin des französischen Kassationsgerichtshofes, Simone Rozes, der Richter Bedjaouim vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Behandelt wurden die Nachwirkung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse auf die Rechtsprechung heute: Haben die Prinzipien von damals heute noch Gültigkeit? Steht die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen unter Strafe? Kommen Kriegsverbrecher ins Gefängnis? Trotz Koreakrieg, Krieg in Vietnam, Überfall auf die Falklandinseln? Oder war Nürnberg eine folgenlose Episode der Rechtsgeschichte? Die 200 Teilnehmer stellten schließlich fest: Bei aller Enttäuschung darüber, daß so viele mächtige Regierungen sich über Nürnberg hinweggesetzt hatten, muß künftig jeder Kriegsverbrecher mit der Möglichkeit einer Bestrafung durch das Gericht der Völker rechnen. "Das Nürnberger Statut und die Nürnberger Prozesse haben entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts erlangt", sagt die Abschlußerklärung. Und: "Die Lehren der Nürnberger Prozesse gelten nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft. Dies betrifft nicht nur die Führung eines Krieges selbst, sondern bereits dessen Vorbereitung und alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Gegen solche Überlegungen hatten die Neonazis ein Flugblatt verbreitet: "Namhafte Juristen veranstalten ein Jubiläum besonderer Art. Sie wollen nicht nur ihrer eigenen Schande gedenken, sondern die frechste Rechtsverhöhnung auch noch rechtfertigen. Sie verteidigen Gesetzlosigkeit und Lynchjustiz ... Alle aufrechten Deutschen sind aufgerufen zu einer friedlichen Protestdemonstration gegen die Bestrebungen, die Massenmorde der Eroberer von 1945 zu rechtfertigen. Zeigen wir den ungebetenen Gästen, daß ... wir die millionenfachen Verbrechen an Deutschen nicht vergessen und nie vergeben werden."

Verantwortlich zeichnete **Edgar Geiß**. Zwei Teilnehmer des Kongresses erstatteten gegen ihn Anzeige wegen Volksverhetzung und stellten Strafantrag wegen Beleidigung. Am 10. August 1987 verurteilte der Nürnberger Amtsrichter Volker Ackermann den Edgar Geiß wegen Volksverhetzung, Beleidigung und der Leitung einer nicht angemeldeten Demonstration zu zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Als Mittäter wurde **Uwe Börner** von der FAP zu acht Monaten Haft, auch ohne Bewährung, verurteilt.

Ehe die Berufung verhandelt werden konnte, beging Uwe Börner Selbstmord. Richter Klaus Kriegel ließ im Verfahren gegen Edgar Geiß von Anfang an erkennen, daß er nur eine Frage für wichtig halte: Hat Edgar Geiß die Demonstration "geleitet" und selbst Haßparolen gerufen oder nicht?

Dafür und dagegen gab es je einen Zeugen: Der Rechtsanwalt Klaus Dammann aus Hamburg hatte gesehen, wie Edgar Geiß die Nazidemo leitete, und gehört, daß Geiß die Naziparolen mitgeschrieen hat. Aber auf Fragen des rechtsradikalen Verteidigers **Jürgen Rieger,** die vom Gericht zugelassen wurden, gab Dammann zu, daß er Mitglied der DKP und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ist.

Der Entlastungszeuge war ebenfalls ein Rechtsanwalt: **Eberhard Engelhardt** aus Nürnberg. Er erklärte dem Gericht, er habe am Nachmittag des Tattages vor den Neonazis ein Referat über die Nürnberger Prozesse gehalten. Als einige der Anwesenden erklärten, sie wollten jetzt zur Meistersingerhalle, da habe ihm Edgar Geiß erklärt, das sei ihm gar nicht recht. Es könne zu Straftaten kommen. Geiß habe sogar gesagt, "da müsse er mit hin, sonst machen die Unfug".

Richter Kriegel bewertete die Aussage des Kommunisten Dammann als unwahr, weil er "von seiner politischen Einstellung her "in einem gewissen Lager" stehe und "hiervon ausgehend dem Angeklagten feindlich gesinnt" sei. Deshalb bestehe der Verdacht, "daß die Bekundungen des Zeugen nicht nur das wiedergeben, was wirklich war, sondern auch das, was der Zeuge in seiner Vorstellung wahrhaben wollte." Es könne "nicht außer Betracht bleiben, daß der Zeuge von seiner politischen Einstellung her dem Angeklagten extrem feindlich gesinnt ist." Auf eine solche Aussage "kann die Verurteilung eines Angeklagten nicht gestützt werden."

Die Aussagen des Rechtsanwalts Engelhardt bewertete das Gericht dagegen als wahr, obwohl er vor den Neonazis ein Referat gehalten hatte, in Nürnberg als "grosser Nazi" bekannt ist und als Anwalt des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß mit rechtsradikalen Parolen an die Öffentlichkeit getreten war. 1980 hatte Engelhardt die jüdische Fernsehjournalistin Renate Harpprecht aufgefordert, zu beweisen, daß in deutschen Konzentrationslagern Vergasungen stattgefunden hatten, sie mit der Erstattung einer Strafanzeige zu nötigen versuchte, falls sie das nicht beweisen könne und von ihr die Zahlung seiner Kosten von 174 Mark 90 verlangt. Er war deshalb wegen Nötigung vom Nürnberger

Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilt worden. In diesem Zusammenhang hatte Engelhardt erklärt, die "Vergasungsstory" sei "eine längst durch seriöse Geschichtsforscher des Auslands und auch des Inlands widerlegte Greuelmär".
Engelhardt ist in Nürnberg eine gerichtsbekannte Figur. Trotzdem bescheinigte ihm jetzt Richter Kriegel die absolute Glaubwürdigkeit: "Daß dieser Zeuge nicht die Wahrheit gesagt haben könnte, hält die Kammer - auch nach dem Eindruck, den der Zeuge bei seiner Vernehmung gemacht hat - für ausgeschlossen. Der Zeuge ist immerhin 85 Jahre alt, und es hat dem Zeugen erkennbar ferngelegen, sein Gewissen kurz vor seinem Lebensende noch mit einer Lüge zu belasten."
Das Geiß.Flugblatt mit dem Aufruf gegen die "ungebetenen Gäste" sei zwar "vollmundig und nebulös", aber es habe nur "zu einer friedlichen Protestkundgebung" aufgerufen, womit die unfriedliche "Demonstration vor der Meistersingerhalle" nicht "gemeint und somit von dem Angeklagten beabsichtigt gewesen" sein könne. Auch habe nicht Geiß, sondern der tote Uwe Börner die Demonstration geleitet. Deshalb Freispruch.

Rolf Wernstedt

Die geschulte Rechte – mit halblinken Argumentationen

Ende Juni 1989, eine gute Woche nach den Europawahlen, hatten die Jusos in Bad Nenndorf zu einer Podiumsveranstaltung eingeladen mit mit dem Titel "Geht die Jugend nach rechts?" Vertreter des Kreisschülerrats, der FDP, der Grünen, der SPD und CDU gaben in wechselnden Begründungen ihre Ablehnung der Republikaner bekannt. Die über 100 meist jugendlichen Zuhörer hörten unterschiedlich aufmerksam zu. Nach etwa einer Stunde meldete sich ein Mann von etwa Ende 20 und stellte sich als stellvertretender Landesvorsitzender der NPD vor. Er war, wie sich bald herausstellte, mit noch 10 - 15 seiner Anhänger (nur junge Männer) im Saal.

Seine Argumentation, nicht aggressiv, aber offensiv, zielte auf Akzeptanz der anwesenden Jugendlichen und war nicht ungeschickt. Sie lautete:
1. Die Leute des Podiums seien gar keine Demokraten, sie redeten nur gegen die Rechten, aber nicht mit den Rechten. Demokratie aber sei der Dialog mit allen.
2. Die wichtigsten nationalen Probleme würden von den etablierten Parteien gar nicht aufgegriffen. Daher sei die NPD so attraktiv. Sie sei deshalb zum Beispiel gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen auf deutschen Boden. Außerdem seien sie dagegen, daß ausländische Flugzeuge, ohne deutsche Behörden fragen zu müssen, ein eigenes Recht hätten, mit ihren Flugzeugen in Tiefflügen die deutsche Bevölkerung zu terrorisieren.
3. Die NPD stehe für Sauberkeit in der Politik, denn Affären wie Parteispenden, Barschel und Parteienwirtschaft stießen jugendliche Wähler nur ab. Die Unglaubwürdigkeit der Parteien könnte nur durch eine klare und saubere authentische Rechte überwunden werden. Die authentische Rechte seien aber sie, die NPD, und nicht die Republikaner.
4. Deutschland brauche endlich einen Friedensvertrag
5. Hitler und die Nazis hätten viele Verbrechen begangen und ein ermordeter Jude sei schon zu viel gewesen. Aber das deutsche Volk hätte großartige Leistungen in Kultur, Wissenschaft und Politik hervorgebracht, auf die jeder zu Rccht stolz sein könne. Das täten andere Völker mit ihren Leistungen und Vorfahren auch.
6. Der Fleiß deutscher Arbeiter dürfe nicht dadurch betrogen werden, daß leistungslos Geld ins Ausland transferiert werde.
Man macht es sich zu leicht, wenn man diese Sorte geschulter Argumentation nur mit der Parole "Nazis raus" begegnen wollte. Die Auseinandersetzung ist deswegen so schwer, weil sie teilweise plausibel und sogar links erscheinen. Erst bei genauerem Hinsehen (und wer kann das wirklich in einer Versammlung?) wird deutlich, wohin die Reise dieser Argumentation geht:
- in den Mißbrauch des Toleranzprinzips der Demokratie (als ob es Freiheit für faschistische Propaganda gäbe!);
- in die Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze (was neue Kriegsgefahr bedeutet);
- in die Verschleierung der eigenen korrupten Parteigeschichte der NPD (was belegbar ist);
- in die Verharmlosung der Nazizeit (wozu die bürgerlichen Professoren im Historikerstreit den Weg geebnet hatten);
- in die Ressentiments der Ausländerhetze und der deutschen Selbstüberhebung.

Für eine inhaltliche wirksame Auseinandersetzung allerdings sind die Jugendlichen zwischen 15 und 30 nicht gerüstet. Vielfach auch die Lehrkräfte nicht.

Liebe Kolleginnen/ Kollegen,

zu Eurer Kritik an dem auch von mir benutzten Begriff "Rechtsfundamentalismus":
Dieser Begriff hat seine fragwürdigen Seiten, - aber das ist bei Begriffen wie "Rechtsextremismus", "Neonazimus", "Neofaschismus" usw. nicht anders; allesamt können solche Ein-Wort-Definitionen Mißverständnisse hervorbringen.
Mir geht es, wenn ich in diesem Zusamenhang von Fundamentalismus spreche, um eine ganz bestimmte Aussage; ich will damit klarstellen, daß sich in der Wahl der "Republikaner" und in ähnlichen politischen Optionen nicht eine oberflächliche und rasch vorüberfliegende rechte Proteststimmung ausdrückt, sondern daß dem tiefere gesellschaftspolitische Bewußtsteinsschichten zugrundeliegen, "Weltbilder" sozusagen, die "fundamentalen" Charakter haben.
Wieso in dieser Deutung und Begrifflichkeit "Verharmlosung" liegen könnte, ist mir durchaus unbegreiflich.
Ebenso unverständlich ist mir, wieso, wenn auf Rechtsfundamentalismus hingewiesen wird, dies mit "grünem Fundamentalismus" gleichgesetzt werden könnte. Da gibt man, meine ich auch einer kurzlebigen Modebenennung einer Richtung innerhalb der Grünen zuviel semantisches Gewicht; vom Rechtsfundamentalismus wird - leider - noch die Rede sein, wenn niemand mehr an die "Fundis" bei den Grünen erinnert. Wir werden ja auch z.B. bestimmte Richtungen in der islamischen politischen Kultur der Gegenwart weiterhin als "fundamentalistisch" bezeichnen - ungeachtet grüner "Fundis" in der Bundesrepublik und ohne daß daraus "Gleichsetzung" erwächst.

Arno Klönne

Wenn ein "gemeinsames europäisches Haus" Wirklichkeit werden soll, muß die Unverletzlichkeit der einzelnen Wohnungen in diesem Haus garantiert sein. 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen träumt aber die bundesdeutsche Rechte bis tief hinein in die Reihen der Bundesregierung (siehe die Rede des Bundesfinanzministers Theo Waigel auf dem Schlesier-Treffen in Hannover) weiterhin von einem "Deutschland in den Grenzen von 1937". Sie stellt damit objektiv die Grundlage des gegenwärtigen Friedens in Europa in Frage. Insbesondere deshalb widmet sich "Der Rechte Rand" auch in seiner dritten Ausgabe den (staatlich geförderten) Aktivitäten der Vertriebenen-Verbände.

Ein Museum für den Ober-Schlesier: Albrechts Beitrag gegen die deutsch-polnische Aussöhnung

"Ich lasse mir den Abend nicht kaputtmachen", warnte Oberbürgermeister Gerold Klemke zu später Stunde seinen Parteifreund Anton ("Töne") Teyssen. Doch der trinkfeste Rechtsausleger der Hildesheimer CDU-Fraktion ließ sich auch durch die zunehmenden Tumulte im überfüllten Tagungsraum des Rates nicht bremsen. SPD und Grüne seien nun einmal reaktionär, weil sie das 1945 entstandene "Kleindeutschland" wie ein Gottesurteil hinnähmen und die deutschen Ostgebiete in den Grenzen von 1937 längst abgeschrieben haben", verkündete er unmittelbar vor der Abstimmung über das seit Jahren umkämpfte Projekt eines Schlesienmuseums.

Zwischenrufe wie "Aufhören" und "Schönhuber" verzeichnet das Protokoll, als der CDU-Landtagsabgeordnete in einschlägigem Vokabular versicherte, er sei durchaus für ein völkisch vielfältiges Europa. Gerade deshalb aber müsse es möglich sein, "Gelingen und Versagen deutscher Provinzen wie Schlesien, Ostpreußen und anderer Gebiete östlich der Oder in einem Museum zu dokumentieren".
Als Oberbürgermeister Klemke dem CDU-Landtagsabgeordneten mit den großdeutschen Visionen kurz darauf einfach das Mikrofon abstellte, war es zu spät. Nach derart revanchistischen Tönen mochte die FDP dem Projekt nicht mehr zustimmen. Allein die kommunale Bürgeraktion "BAH" hielt zu den Christdemokraten. Mit nur einer Stimme Mehrheit billigte so der Rat den Plan eines riesigen Veranstaltungszentrums nebst Stadthalle und einem "Landesmuseum Schlesien".
Der Komplex soll im Gebäude des seit 15 Jahren leerstehenden Landeskrankenhauses ("Sülte") eingerichtet werden. Das 150 Jahre alte Baudenkmal im Zentrum wird zum Unwillen von CDU und BAH auch von der alternativen Szene der 100.000-Einwohner-Stadt als Kulturzentrum beansprucht und turnusmäßig besetzt.
Das Hildesheimer Stadtparlament erfüllte mit seinem Beschluß einen lang gehegten Wunsch von Ministerpräsident Ernst Albrecht. Das Land ist der Schlesischen Landsmannschaft seit 1950 durch einen Patenschaftsvertrag verbunden. Albrecht hatte dem Vorsitzenden der Vertriebenenorganisation, Herbert Hupka, schon vor Jahren ein großes Museum für eine Gesamtschau schlesischer Kultur versprochen. In dieser Form ein Novum in der Bundesrepublik. In den letzten Monaten drängte Albrecht den Rat der Stadt mehrfach, sich endlich zu entscheiden. Jetzt sei man froh, daß die Würfel gefallen sind, heißt es in der Staatskanzlei in Hannover.




30 Jahre Landsmannschaft Schlesien

Eine Dokumentation
Bonn 1979

Insider bezweifeln dies. Denn der Ratsbeschluß fiel anders aus als erwartet. Um die Zustimmen der FDP zu sichern, hatte die Hildesheimer CDU alte Pläne für ein traditionelles schlesisches Heimatmuseum über Bord geworfen. Ausstellungen seien "zusammen mit polnischen Stellen" zu veranstalten, heißt es nunmehr. Und weiter: "Das Museum hat sich zu einer osteuropäischen Begegnungsstätte zu entwickeln". Ein anspruchsvoller Arbeitsauftrag - für den Trägerverein kaum lösbar.
Denn Albrecht hat das Gründungsgremium hauptsächlich aus Funktionären der Landsmannschaft zusammengesetzt, die mit ihren Schlesiertreffen jedes Jahr wieder für heftige Störungen in den deutsch-polnischen Beziehungen sorgt. Der Vorsitzende **Herbert Hupka** ("Nicht wir Deutsche erheben Anspruch auf polnisches Territorium, sondern Polen erhebt Anspruch auf deutsches Terrritorium") wird nicht nur in Warschau als unverbesserlicher Revanchist eingestuft.
"Ernst Albrecht hat sich die schlechtesten Berater und schlimmsten Ideologen geholt, die man sich nur vorstellen kann", kommentiert Rolf Wernstedt, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion die Zusammensetzung des Trägervereins. Wernstedt, Kultusminister "in spe" für den möglichen Regierungswechsel bei den Landtagswahlen, ist skeptisch: "Wie man mit den Herren Hupka und Co ein völkerverbindendes Museum machen will, möchte ich gern wissen".
Die Sorge um die musealen Wunschvorstellungen des Ober-Schlesiers trieb den international renommierten Direktor des Hildesheimer Roemer Pelizaeus Museums, Arne Eggebrecht, dazu, gemeinsam mit einem polnischen Kollegen eine Denkschrift zu ver-

fassen. Darin bezeichnet er ein allein auf die ehemalige Provinz bezogenes Museum als "Anachronismus". Kernpunkt seines Gegenkonzeptes zu einer "überdimensionierten Heimatstube" ist der Vorschlag, das Kuratorium paritätisch auch mit Vertretern Polens zu besetzen.

Eggebrecht will so hochkarätige Sonderausstellungen ermöglichen, die ohne die kostbaren Objekte aus den Museen und Archiven in Breslau, Krakau sowie Warschau undenkbar wären. Als mögliche Themen nennt er: "Barock", "Schinkel in Schlesien", "Widerstand Kreisauer Kreis", "7-jähriger Krieg", "Adolf von Menzel". Ohne Leihgaben müsse man sich "auf minderwertige Stücke aus Privatbesitz beschränken", warnt Eggebrecht.

Tatsächlich scheitert die Beschaffung polnischer Kunstgegenstände vielfach an Befürchtungen, die Vorbesitzer könnten in der Bundesrepublik alte Eigentumsansprüche geltend machen und die Rückgabe auf dem Rechtsweg blockieren.

Eggebrechts Furcht vor einer kleinkarierten Objektschau ist berechtigt. Bei einer Präsentation der Landsmannschaft in Hildesheim zeigte ein Privatsammler als mögliche Exponate alte Karten, Bücher, Porzellan und den Eisenabdruck eines Elchhufes. Ohne polnische Beteiligung blieben als Reservoir allenfalls die Vertriebenen-Mitbringsel der vielen kleinen, über das Bundesgebiet verteilten schlesischen Heimatstuben, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der internationale Kunstmarkt.

Die Landesregierung in Hannover ist deshalb durchaus für eine Kooperation mit Warschau, zumal das Museum ja nicht gegen Polen gerichtet sei. Regierungssprecher Fritz Brickwedde setzt auf die "polnische Perestroika". Die Gewerkschaft "Solidarität" habe schließlich selbst Erfahrung mit der Unterdrückung gemacht und sicher mehr Verständnis für den Wunsch der Deutschstämmigen in Polen, ihre Kultur zu erhalten. Ohnehin, so Brickwedde, werde das Museum ja eher unpolitisch ausfallen, weil hauptsächlich kunstgeschichtlich orientiert, auf keinen Fall jedenfalls einseitig". Dies belege auch das 70seitige Gutachten des Trägervereins aus dem Jahre 1986, in dem unter Mitwirkung von Professor Hans-Günter Peters vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst ein Museumskonzept entworfen wurde.

Die Lektüre dieses Papiers entkräftigt allerdings keineswegs den Verdacht Eggebrechts, in Hildesheim sollten in einer rückwärtsgerichteten Einrichtung revanchistische Erinnerungen aufgefrischt werden. "Es ist zu verdeutlichen, welcher Verlust durch die Abtrennung von Schlesien für Deutschland entstanden ist", lautet die Zielsetzung im Kapitel über die Siedlungs- und Militärgeschichte. Zwar nimmt sich das Gutachten auch der Zeit nach 1945 an. Doch die Botschaft ist eindeutig. In der Abteilung "Schlesien unter polnischer Verwaltung" könnten Produktionszahlen aus Landwirtschaft, Bergbau und traditionellen Industrien "interessante Aufschlüsse" geben, heißt es dort vielsagend.

Um derartiges zu verhindern, besteht man in Hildesheim auf einem "eindeutigen Mitbestimmungsrecht" für die Polen nach dem Vorbild der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Unter dieser Voraussetzung hätten ihm polnische Kollegen bereits ihre Mitarbeit in Aussicht gestellt, berichtet Museumsdirektor Eggebrecht. Im Gegensatz dazu die Staatskanzlei: "Ein Vetorecht für die Polen wird es nicht geben".

Noch deutlicher wird die Wolfenbütteler Museumspädagogin **Ildis Hartmann** (auch sie ein Mitglied der Landsmannschaft), die derzeit federführend für den Trägerverein das Gutachten "Im Detail" überarbeitet . "Eine Beteiligung der Polen an der Trägerschaft, warum eigentlich?", fragt sie. Auch eine Ausstellung über slawische Kultur kann sich die Dozentin an der Bundesakademie für Kulturelle Bildung in einem Schlesienmuseum nur schwer vorstellen: Da gebe es doch kaum etwas. "Die Polen müssen sich einfach damit abfinden, daß in Schlesien 700 Jahre lang absolut deutsche Kultur stattgefunden hat".

Äußerungen wie diese wecken beim Chef der FDP-Landtagsfraktion, Martin Hildebrandt, Zweifel, ob die Gedankenstruktur der landsmannschaftlichen Funktionäre ein Museum im Sinne eines Versöhnungsprozesses zuläßt, das nicht am Status quo von 1937 festhält. Die FDP aber hat im Kabinett dennoch zugestimmt, als es um die Bewilligung der fünf Millionen Mark Landesmittel für die Sülte-Renovierung ging (den gleichen Betrag schießt der Bund zu).

Der Sülte-Umbau soll 1995 abgeschlossen sein. Doch schon vorher kommen auf das Land bis zu einer Million Mark pro Jahr für Personalkosten und den Ankauf von Objekten zu.

Daß die Vorstellungen der treibenden Kraft des Museumsprojekts, Herbert Hupka, selbst in der Landsmannschaft nicht unumstritten sind, belegt der Umstand, daß die Schlesische Jugend sich aus dem Trägerverein zurückgezogen hat. Sie bevorzugt den Ausbau des "Schaufenster"-Museums, das dem Haus Schlesien bei Bonnt angegliedert ist. Dort gebe es ohnehin "mehr Publikum und mehr Leben", meint der Bundesvorsitzende **Dirk Henniges.** Er sorgt sich mit Blick auf das überdimensionierte Konzept, das sich auf Kunstobjekte, Schautafeln und Großfotos konzentriert, um die Zuschauerfrequenz eines Landesmuseums Schlesien in Hildesheim. Henniges: "Wir hätten es lieber klein und fein, als groß, pompös - und eventuell tot".

dcr

»Ostkunde«

Niedersachsens Vizevorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Wernstedt, hat die Kultusminister-Konferenz der Bundesländer aufgefordert, ihre aus dem Jahr 1956 stammenden Ostkunde-Empfehl-ungen aufzuheben.

Die KMK hatte 1956 bis in die Einzelheiten hinein geregelt, wie "das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen den Aufgaben gerecht" zu werden habe, vor die "unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands" gestellt sei.

Die Schulen wurden aufgefordert, Deutschland als Einheit zu behandeln. "Mitteldeutschland, Berlin und die übrigen, zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete" müßten der Jugend ebenso nahegebracht werden wie das Gebiet der Bundesrepublik. Der Geschichtsunterricht dürfe sich nicht auf die germanisch-romanische Völkergemeinschaft beschränken, sondern müsse die deutsche Ostlandbesiedlung und die "Sowjetisierung Ostmitteleuropas und der SBZ" einbeziehen.

Wernstedt sagte, die KMK habe mit den Ostkunde-Empfehlungen die Absicht verfolgt, die Schüler auf die Wiedergewinnung verlorener Gebiete im Osten vorzubereiten.

Als einziges Bundesland hatte Hessen 1973 durch eine Entscheidung des damaligen Kultusministers Ludwig von Friedeburg die Empfehlungen aufgehoben.

Landesgelder für Rechtsradikale

Auf den Vormarsch von Rechtsradikalen im niedersächsischen "Bund der Vertriebenen" (BdV) hat im Landtag Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin aufmerksam gemacht. Er stieß jedoch bei der CDU/FDP-Landesregierung auf taube Ohren. Sie finanziert den BdV weiter. Trittin verwies in einer Anfrage an die niedersächsische Regierung auf Informationen des sozialdemokratischen Pressedienstes "blick nach rechts" (Ausgabe 9/1989). Danach ist der bisherige - als gemäßigt geltende - Landesvorsitzende des BdV zurückgetreten. An seine Stelle rückte sein ehemaliger Stellvertreter **Christian Thomasius.** Dieser, so heißt es im "blick nach rechts", ist nicht nur im Präsidium des "Verbandes Deutscher Soldaten", sondern auch Vorsitzender des "Kuratoriums Soldatenehrenmal Göttingen", welches jährlich unter maßgeblicher Mitwirkung von ehemaligen Mitgliedern der verbrecherischen Vereinigung "Waffen-SS" (HIAG) Gedenkfeiern im Göttinger Rosengarten veranstaltet. Thomasius ist ebenfalls BdV-Kreisvorsitzender in Soltau, in dem nach Aussagen des NPD-Landesgeschäftsführers die Beziehungen zu dieser Partei besonders eng und ausgeprägt seien.

Als Stellvertreter rückte **Ekkehard Stuhldreher** in den Vorstand des niedersächsischen BdV nach. Stuhldreher saß von 1967 bis 1970 für die NPD im niedersächsischen Landtag, verließ diese Partei jedoch, weil sie ihm "zu links" geworden war. Als Inhaber eines "Deutschen Reisedienstes" inseriert er bis heute regelmäßig in allen einschlägigen rechtsradikalen Organen. Ein weiterer Stellvertreter von Thomasius im BdV-Landesvorstand ist Dr. **Christian Stoll** (CDU), dessen Thesen vom "Volk ohne Raum" den niedersächsischen Justizminister an nationalsozialistische Propaganda erinnert haben.

Auf die Frage von Trittin, ob die Landesregierung hinsichtlich ihrer finanziellen Unterstützung für den BdV-Landesverband Konsequenzen ziehen wolle, antwortete der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, der niedersächsische FDP-Vorsitzende Heinrich Jürgens, unbeeindruckt und knapp: "Keine".

Die Verbände der Vertriebenen würden von der Landesregierung "nicht als rechtsextremistisch bewertet" und würden nicht vom (sogenannten) Verfassungsschutz beobachtet. Weiter bestätigte Jürgens, daß der niedersächsische BdV mit hohen Beträgen aus dem Landeshaushalt gefördert wird: Von 1986 bis 1988 sind in jedem Jahr 187.000 DM institutionelle Förderung an den BdV gezahlt worden. Dazu sind weitere über 20.000 DM für Projektförderungen überwiesen worden (1986: 13.000 DM; 1987: 3.400 DM; 1988: 5.750 DM).

Auf Trittins Frage, ob die Landesregierung auch künftig ihre Kontakte zum BdV-Vorstand pflegen werden, erklärte Minister Jürgens unzweideutig: "Ja".